

Der Oberschlesier.

20

Oberschles. Wochenchrift. — Erscheint jeden Sonnabend. — Freie Aussprache für alle Oberschlesier.

Sonnabend, 7. Februar 1920.

Einzelnummer 20 Pfg. Postbezug monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70 Mk., einschliesslich Bestellgeld. Verlag und Schriftleitung: „Der Oberschlesier“ Oppeln, Bismarckstr. 111 II. Fernruf 98. Zweigstelle Katowitz, Güttauer Str. 2 III. Postcheckkonto Breslau I 29395

Nummer 6. 2. Jahrgang.

Inhalt: Vorschläge für die Reform der technischen Hochschulen. — Was haben die Oberschlesier von der Entente-Befassung zu erwarten? Von Pebel. — Polens Zukunft. Von Dr. Meborowski. — Kongresspolen — Großpolen — Kleinpolen. Von Sinitimus. — Unser Oberschlesien. Von Niedurny. — Praktische Bekämpfung des Bolschewismus. Von O. S. — Das brennendste Problem unserer Finanzwirtschaft und dessen Lösung durch Herrn Dr. Adamiech, Breslau. Von Depner. — Künftige Preispolitik. Von Dr. Adamiech. — Die sogenannte Verdrängung. Von Wb. — Oberschlesische Sportnachrichten. — Wo bleibt das Silbergeld? Von Jaedle. — Die britische Arbeiterbewegung. Von Buet. — Familien-Nachrichten.

Vorschläge für die Reform der technischen Hochschulen.

Nachstehende Ausführungen, die durch eine Kommission des Verbandes deutscher Diplom-Ingenieure, Bezirksverein Oberschlesien, ausgearbeitet worden sind, sind uns von Herrn Dr. Ing. Maft, Katowitz schon vor einiger Zeit überliefert worden.

Die wichtigsten Forderungen, die bei der Reform der Hochschule zu stellen sind, sind folgende:

1) Auswahl hervorragender Lehrer, die nur auf Grund ihrer Tüchtigkeit zu reifen ist. Um bedeutende Lehrkräfte zu gewinnen, muß eine hohe Honorierung dieser Lehrkräfte vorgezogen werden, da sonst die Gefahr vorliegt, daß tüchtige Kräfte durch die Industrie abgezogen werden. Es soll ferner keinesfalls die Auswahl der Lehrkräfte nur so geschehen, daß bedeutende Oberingenieure einer Firma, die in ihrem Spezialfach und nur in diesem etwas geleistet haben, herangezogen werden, weil sonst die Pflege des Spezialfachs, das aber in kurzer Zeit veraltet, immer mehr überhand nimmt. Auch sind gewisse pädagogische Kenntnisse oder Erfahrungen zu fordern. Die technischen Hochschullehrer müssen vor allem eine Fähigkeit mit dem praktischen Leben haben und behalten, was durch ihre Tüchtigkeit als Gutachter und Sachverständige eventl. auch als beratende Ingenieure möglich ist. Diese nebenamtliche Verdrängung soll jedoch nur in solchem Umfange erfolgen, daß der Hauptberuf nicht darunter leidet. Zur Kontrolle dieser Forderung soll der Hochschulrat befugt werden, die praktische Tätigkeit der Hochschullehrer in bedingter und der Stellung des Hochschullehrers angemessener Form zu überwachen.

Der V. B. D. hält es für zweckmäßig, den Anteil der Professoren am Kollegienlohn einzuschränken oder ganz aufzuheben, um den finanziellen Wettbewerb unter den Professoren zu verhindern. Ferner wäre es notwendig, eine so große Zahl von Assistenten — die eine praktische Tätigkeit von mindestens 2 Jahren besitzen sollen — zu beschäftigen, daß höchsten 10–12 Studierende auf einen Assistenten entfallen. Neben den Professoren und Assistenten sollen zur Erteilung von seminaristischen Übungen vornehmlich auch Männer der Praxis herangezogen werden. Endlich ist noch zu erwähnen, daß sich eine mehrfache Verlegung für die wichtigsten Fächer empfiehlt, um Überfüllung der Kollege zu vermeiden und um eine Konkurrenz unter den Belehrenden zu erzielen und diese dadurch zur Höchstleistung anzuspornen. Die Dozenten sind anzuhalten, ihre Vorträge drucken zu lassen.

2) An die Hochschüler sind ebenfalls sehr hohe Anforderungen zu stellen. Alle Hochschüler haben eine besondere Aufnahmeprüfung, die zum Hochschulstudium berechtigt, abzugeben.

Um dem Zug der Zeit Rechnung zu tragen und auch den mittleren Beamten den Aufstieg in die höhere Beamtenkarriere möglich zu machen, sollen tüchtigere Kräfte der mittleren Beamenschaft, die sich nachträglich zum Hochschulstudium entschließen, nach Bestehen der Aufnahmeprüfung unter Fortzahlung des Gehalts studieren dürfen. Es soll jedoch grundsätzlich nicht davon abgewichen werden, daß rein autodidaktische Weiterbildung ohne Examen das Eintreten in die höhere Beamtenlaufbahn ermöglicht.

Für die Schüler an den Gymnasien, die Techniker werden wollen, ist ein Sonderkursus für Mathematik und Naturwissenschaft an der Hochschule einzuführen, der die Oberprima ersetzt. Ferner sind in der Schule Übungen in Naturwissenschaften (Physik — Chemie) zur Schulung des Sinnes für Beobachtung und unter Berücksichtigung der Vor-

bereitung für die Technik anzustreben. Physikalische Kurse sind an der Hochschule in Form von praktischen Übungen in Materialprüfungen, Technologie, technisch-physikalischen Untersuchungen fortzusetzen. Nach 4 oder 5 Semestern Hochschule ist das Vorexamen und nach weiteren 3 oder 4 Semestern das Hauptexamen abzulegen. Vorlesungen und Übungen in Volkswirtschaftslehre, Rechts- und Verfassungslehre, Schiedsgerichtswesen, Sozialwissenschaften, Fabrikorganisation, Energiemathematik, Verdünnungslehre, Vant- und Börsenwesen, Wirtschaftsgeschichte usw. sind den praktischen Bedürfnissen anzupassen. Um der Technikerschaft den erforderlichen Anteil im öffentlichen Leben zu sichern, sind auch besondere Kurse für Vortrags- und Redefähigkeiten einzuführen, die obligatorisch gemacht werden müssen. Die Umgestaltung des technischen Unterrichts im obigen Sinne ist nur möglich, wenn die Spezialfächer möglichst verringert werden und alles allgemeine technische Wissen soweit irgend möglich bereits in dem mathematisch-physikalischen Unterricht geboten wird. So kann z. B. die Berechnung der Leitungen von Elektrizität, Dampf und Wasser als Gesamtaufgabe zusammengefaßt werden. Gleiches gilt für Regulierungen und Steuerungen und wirtschaftliche Dimensionierungen zc. Auf diese Weise nur ist es möglich, den Techniker auf eine höhere wissenschaftliche Stufe zu stellen und ihm einen weiteren Blick und umfassenderes technisches Wissen zu verschaffen.

Dies bedeutet naturgemäß auch eine Umgestaltung der äußeren Organisation der Hochschule in der Weise, daß die ersten 4–5 Semester voll und ganz für diese vertiefte theoretische Ausbildung geopfert werden. Die

Gliederung der Abteilungen

würde danach etwa wie folgt sein:

Abt. 1. Mathematisch-Naturwissenschaftliche Abteilung

mit folgenden Hauptfächern: Mathematik, technische Physik, Technische Mechanik (Syst. Föppl), Baumaterialienlehre, Technologie, Chemie, Biologie, Geologie, Grafisches Rechnen (Einkaufslinie, Zustandslinie zc.), Technisches Zeichnen.

Abt. 2. Allgemeinbildende Fächer mit folgenden Hauptfächern:

Bau- und Kunstgeschichte, Malerei, Ornamentik, Philosophie, Literaturgeschichte, Geschichte, Geographie, Pädagogik, Hygiene, Redefähigkeit, Sprachen, insbesondere Englisch, Russisch und Spanisch.

Abt. 3. Rechts- und Staatswirtschaftslehre mit folgenden Hauptfächern:

a) Bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Schiedsgerichtswesen.

b) Verfassungslehre und Sozialwissenschaften.

c) Nationalökonomie mit zugehörigen Wissenschaften, wie Wirtschaftsgeographie, Bank- und Börsenwesen, Buchhaltung und Bilanz, Genossenschaftswesen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände.

d) Privatwirtschaft, Verdünnungslehre, Industrielle Organisation, Preisbildung, Transportwesen.

Abt. 4. Technische Fächer:

Maschinenelemente, Dampfessel und Feuerungskunde, Dampfmaschinen, Hebezeuge, Lokomotiv- und Waggonbau, Landwirtschaftliche Maschinen, Straßenbau, Städtebau, Brückenbau, Lager- und Ladeneinrichtungen, Seminarien in Baubetrieb und Bauwirtschaft.

Kommissionsmitglieder dieser Fachgebiete fehlten.

Es ist künftig auf ein besseres Zusammenarbeiten der Professoren hinzuwirken, so daß der Lehrstoff dem Studierenden in möglichst zusammenhängender Form gegeben wird.

Unnütze Arbeiten, wie Annalen von Zeichnungen sollen unterbleiben; die Gepllogenheiten der Praxis sind schon auf der Hochschule zu lehren.

Die praktische Ausbildung.

Seitens der Maschineningenieure der Kommission wird vorgeschlagen, daß $\frac{1}{2}$ Jahr Werkstattpreis vor dem Studium und ein weiteres halbes Jahr unter Aufsicht der Hochschule in Privatwerken mit besonderen Praktikantenschulen abgeleistet werden soll. Um Nachlässigkeiten seitens der Praktikanten sowohl als der Industriellen nach Möglichkeit vorzubeugen, haben die Praktikanten wöchentlich Erfahrungsberichte über ihre praktische Tätigkeit an die Hochschule abzuliefern.

Sehr bemängelt wird, daß viele Industrielle und Fabrikbesitzer die Aufnahme von Praktikanten ablehnen oder zu verhindern suchen und daß dadurch die praktische Ausbildung der Ingenieure sehr leidet. Es ist daher eine gesetzliche Regelung für die Aufnahme der Praktikanten in einer

Fabrik oder Werkstätte zu erwirken und durch eine geeignete Kommission aus Hochschulprofessoren und Industriellen die Verteilung der Praktikanten durchzuführen und die Ausbildung zu überwachen. Es wird auch empfohlen, daß das finanzielle Ergebnis der praktischen Tätigkeit, demjenigen Arbeiter zu gute kommen soll, dem der Praktikant zugeteilt wird, um ihnen anzuspornen, ihrem Schüler mit Interesse behelfend an Hand zu gehen.

An der gesetzlichen Regelung der Praktikantenausbildung ist auch festzulegen, daß der Praktikant über den Betriebsbetrieb und die Fabrikorganisation, soweit nicht Betriebsgeheimnisse gefährdet werden, informiert wird.

Examen.

Da es nicht möglich ist, den erweiterten Unterrichtsstoff der einzelnen Ingenieurgebiete in einer Studienzeit von 8–9 Semestern zu bewältigen, und da mehr Gewicht auf wissenschaftliche Vertiefung als auf Vieles Wissen zu legen ist, so müssen für die Examen mehr als bisher Wahlfächer vorgesehen werden neben Hauptfächern, worunter auch Fächer der Abt. 3, in denen unbedingt eine Reifeprüfung abzulegen ist. Es sollte sogar dem Examinanden gestattet sein, seine Prüfungsfächer selbst zu beantragen. Über die Zulässigkeit des Antrages hat der Senat oder die Prüfungskommission des Senats zu beschließen. Nur so ist es möglich, sich von dem durch die Staatsprüfungen vorgeschriebenen engen Rahmen zu lösen und auch das Studium von Grenzfächern zu pflegen. Die Beurteilung des zu Prüfenden hat ferner auch auf Grund seiner Leistungen in den Übungen zu erfolgen.

Unverändert sind bis jetzt geblieben:

1) die Vorstudien der Hochschulen,

2) Körperkultur, die insbesondere wegen des Wegfalls der Militärdienstpflicht wichtig ist, (Umgangsformen),

3) Die Pflege der Entschlußkraft, Charakterbildung, des Verantwortlichkeitsgefühls, der Disziplin der Demokratie, kurz, die Persönlichkeitskultur.

1) Obwohl die Reform der Mittelschulen mit der Hochschule reform zusammengegriffen werden und insbesondere eine Vereinheitlichung der Mittelschulen angestrebt werden mußte, so will der V. B. D. hier eine Umfrage über die Ansichten der Techniker hinsichtlich der Reform der Mittelschulen anregen und dadurch gleichzeitig auch eine Stellungnahme der Technikerschaft zum Problem der Einheitschule herbeiführen und die Schulreform nicht ohne die Stellungnahme der Techniker zur Tat werden lassen.

2) Die Körperpflege der akademischen Jugend ist mit allem Ernst die der hochwichtigen Bedeutung dieser Kultur zukommt, zu betreiben. Der V. B. D. nimmt den Standpunkt ein, daß die Aufgabe der Körperkultur nicht dem Zufall, Vereinen und Korporationen mit mehr oder weniger geselligem Charakter überlassen bleiben darf. Die Förderung der Gesundheit der besten unseres Volkes muß planmäßig betrieben werden, weil sonst Verdrückerung und Einseitigkeit nicht zu vermeiden sind. Mit diesen Entartungen aber begraben wir auch ein gut Teil Lebensfrische, Initiativegeist und Willenskraft, die gerade die geistigen Führer, die wir auf den Hochschulen heranbilden wollen in besonders hohem Maße besitzen müssen. Die zweifelslos in unserem Offizierskorps, insbesondere bei den Generalsstabsoffizieren, vorhanden gewesene große Entschlußkraft ist zum Teil auf körperliche Tüchtigkeit, Schulung und Sicherheit zurückzuführen. Wir dürfen in Folge des unglücklichen Ausganges des Krieges nicht das Gute vergessen, das die alten Einrichtungen in sich bargen. Der V. B. D. schlägt daher vor, daß abteilungsweise an 2 Nachmittagen der Woche keine Vorlesungen und Übungen abgehalten werden dürfen und in dieser Zeit Gelegenheiten aller Art für Turnen, Sport und Spiel gegeben wird. Jeder Studierende soll verpflichtet sein, an diesen Veranstaltungen, die kostenlos sein sollen, teilzunehmen.

Um der großen Neigung der Deutschen zu Kostengeist zu steuern, ist zu ermahnen und zu verbieten, daß diese körperlichen Übungen korporationsweise betrieben werden, vielmehr ist eine diese geselligen Zusammenkünfte gänzlich beiseite legenden Organisation zu wählen. Es wird nochmals betont, daß die Körperkultur eventl. unter Aufgabe der akademischen Freiheit für diesen Fall, obligatorisch sein soll, weil wir in Zukunft ein starkes Geschlecht geistiger Führer heranwachsen sehen wollen.

Ob in den ersten Jahren der Umbildung unseres öffentlichen Lebens diesen Kurien für Körperpflege noch Kurse über gute Umgangsformen, zur Heranbildung eines deutschen Standards der Lebensart und Lebenshaltung angehängt werden soll, bleibt zu erwägen. Wir wollen nicht vergessen, daß wir ein sehr armes Volk sein werden, dessen Angehörige

viel Armeut'manieren annehmen und in der übrigen Welt teilweise lächerlich erscheinen würden, wenn nicht zielebend einem derartigen gesellschaftlichen Vorkommen gesteuert wird. Daß diese Anregung nicht unbegründet ist, kann derjenige wohl ermessen, der vor dem Kriege das Verhalten unserer Volksgenossen im Auslande beobachten konnte. Vornehmste Aufgabe bei den erzieherischen Arbeiten bleibt die Vermeidung der Züchtigung von Kastengeist; die Erziehung ist von dem Geiste zu durchdrängen, daß jeder akademische Bürger sich verpflichtet fühlt, von dem empfangenen Erziehungsgute in selbstloser, bescheidener und vaterländisch denkender Weise seinen übrigen Volksgenossen, die nicht in den Genuß der bevorzugten Erziehung gelangen konnten, so viel und so oft wie möglich weiterzugeben.

Diese Erörterungen mögen manchen Leser kleinlich und etwas lächerlich erscheinen; trotzdem wird aus diesem Vorschlag keine Berechtigung nicht abzusprechen sein, weil er praktische Arbeit leistet und unserem Nachwuchs manche Schwierigkeit aus dem Wege räumt; seine Annahme ist umso notwendiger, je demokratischer der Hochschulanachwuchs sich infolge des Programms „Freie Bahn dem Tüchtigen“ gestalten wird.

Ein Hilfsmittel zur Förderung des Initiativegeistes und der Entschlußkraft ist unter Ziffer 3 bestritten. Ein anderes, mehr geistiges, ist Sache der Lehrer, die zum scharfen Denken und zum Entschließen beim Entwerfen anregen müssen. Es liegt die Gefahr nahe, daß durch die Anregung zum raschen Entschluß leicht Oberflächlichkeit großgezogen wird. Hier muß der Pädagoge durch individuelle Behandlung des Schülers den richtigen Weg weisen. Ältere Lehrer, deren geistige Frische eine Verringerung im obigen Sinne nicht mehr zuläßt, haben rechtzeitig abzugeben bzw. sich durch eine andere Art blauen Briefes ans Auge zu erinnern. Die Zeit ist zu kostbar und die Erziehung der Jugend zu wichtig, um auf persönliche Verhältnisse eines einzelnen, die den Nachwuchs schädigen, Rücksicht nehmen zu können. Die Verringerung einer Altersgrenze ist nicht zweckmäßig, wir sehen an unserem Gegner Clemenceau, welche zähe Energie und jugendliche Frische ein 70-jähriger haben kann. Die Regelung der Altersfrage kann in der Weise geschehen, daß die Studentenchaft das Recht bekommt, die Amtsentscheidung wegen Altersschwäche oder ungenügender Ausübung der Dienstpflichten zu beantragen, worauf der Hochschulanrat darüber zu beschließen und dem Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft seinen Beschluß mitzuteilen hat. Selbstverständlich ist der Antrag der Studierenden mit triftigen Gründen zu belegen und leichtfertig gestellte Anträge sind mit Zurückweisung oder dauerndem Ausschluss der Antragsteller vom Studium an der gleichen Hochschule oder vom Hochschulsstudium überhaupt zu beantragen.

Endlich sei noch die Tatsache erwähnt, daß der regelmäßige und übermäßige Alkoholgenuss die Geistesfrische und Initiative abtötet. Der Wiederaufbau unseres Volkes erfordert alle Kräfte der Jugend und jede Vergewöhnung derselben ist zu vermeiden. Es muß daher durch Beispiel, Aufklärung in Wort und Schrift, durch vergleichende Messungen der Leistungsfähigkeit, durch Hinweis auf die sittliche Pflicht der Mäßigkeit der künftigen Führer auf die Ausmerzung des Trinfubels hingearbeitet werden.

Ein gewisser Studienzwang ist unerlässlich. Die Prüfungen dürfen nur unter bestimmten Voraussetzungen wiederholt werden. Das Belegen der Plätze in den Übungen muß so geregelt werden, daß nachlässigen Studierenden die Plätze weggenommen werden können. Die Beurkundung der Zeichnungen erfolgt nur unter bestimmter freigelegter und zu erfüllenden Bedingungen.

Überhaupt muß vielfach ein höherer sittlicher Standpunkt in Akademikerkreisen eingekehrt, nämlich der, daß der fleißige Studierende geachtet, der Bummeler aber verachtet und geschnitten wird. Wenn die sittliche Reife der akademischen Jugend soweit gediehen ist, daß der Bummeler jeder Art sowohl öffentlich als auch in der Korporation unmöglich ist, dann sind wir auf dem Weg der Erneuerung und werden uns unsere Weltgeltung in wenigen Jahren zurückgewonnen haben. Um die Studierenden selbst für den Geist an der Hochschule verantwortlich zu machen und ihm eine Handhabe zur Pflege der Sittlichkeit und der Disziplin des Berufs und Standes zu geben, ist ihnen das Antrags- und Beschlußrecht auf zeitweilen oder dauernden Ausschluss der Bummeler und Kräftehler vom Hochschulsstudium zu geben. Über den Ausschluss soll ein selbstgewähltes Ehrengericht der Studentenschaft beschließen. Der Beschluß bedarf der Genehmigung des Senats, um vollzogen zu werden. Die Studierenden sollen auf diese Weise selbst darüber wachen, daß die Volkstraft und die materiellen Aufwendungen des Staates nicht unnötig vergeudet werden. (Parlamentarische Selbstverwaltung).

7) Zum Schluß ist noch der Ausbildung unseres Nachwuchses durch Besichtigungs- und Erfahrungsfahrten zu gedenken:

Die Besichtigung von industriellen Werken und bemerkenswerten Bauten ist möglichst auszudehnen und in die erste Zeit der Ferien zu verlegen.

Ganz besondere Aufmerksamkeit verdient die planmäßige Sammlung von ausländischen Erfahrungen und die Einführung von ausländischen Werken und Betrieben. Hierfür können zwar keine Hochschulen, sondern nur Abschlüssen von Hochschulen in Betracht. Für diese Reisen sind die besten Köpfe auszuwählen und ferner ist zu fordern, daß diese eine mindestens fünfjährige deutsche Praxis vor Eintritt der Reise besitzen, um ausländische und deutsche technische Leistungen vergleichen zu können. Ferner sind die Reisekosten für Auslandsreisen auch auf persönlichen Mut, Gewandtheit und Sprachkenntnisse anzulegen und bei ihrer Auswahl ist zu erwägen, ob sie auch in schwierigen Lagen durchzuführen, unter Umständen auch praktisch zu arbeiten imstande sein werden, um Erfahrungen zu sammeln. Die Herren sind mit reichlichen Geldmitteln auszustatten, und die deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland sind anzuweisen, diese unsere technischen Erkunder mit allen Mitteln zu unterstützen. Diese Überlegung führt ebenfalls zu

der vom Herrn Dr. Mast bereits aufgestellten Forderung, daß die Vorkursfächerposten in industriell vorgeschrittenen Ländern durch hervorragende Techniker wie Kiepel, v. Miller, Bach usw. zu besetzen sind. Diese Maßnahme ist nötig, um die industrielle Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Volkes zu stärken, die durch die kulturfeindlichen Friedensbestimmungen der Entente außerordentlich gefährdet ist.

Was haben die Oberschlesier von der Entente-Befassung zu erwarten?

Die obereschlesische Tagespresse aller Schattierungen hat diese Frage bis dahin mit einer staunenswerten Teilnahmslosigkeit behandelt. Vielleicht sind doch aber einige wohlgeleitete Erwägungen insofern am Platze.

Vorher möchte ich indes eine kurze Frage streifen und zwar bezüglich der in Nr. 2 des „Oberschlesiers“ entwickelten Rassestheorie über den Appas des Oberschlesiens.

Ich behaupte, daß die Mehrheit der Bewohner polnischer Abstammung ist, und von der deutschen Minderheit wenn nicht bedrückt, so doch zurückgebrängt, oder zurückgekehrt worden ist. Diese Empfindung hat eben die polnische Bevölkerung, und damit auch man rechnen. Heute will die deutsche Minderheit für die Fehler der Regierung nicht verantwortlich sein, — was mich anbelangt, so lasse ich diesen Einwand gelten, doch glaube ich kaum, daß das Volk selbst als solches derartigen Erwägungen zugänglich sein wird, und bleibt dann nichts anderes übrig, als sich mit der zerrissenen Situation abzufinden.

Die Entente-Kommission kann auf eine Differenzierung der Begriffe „Oberschlesier polnischer und deutscher Abstammung“ garnicht eingehen, sie will lediglich Polen und Deutsche unterscheiden und ihr Verhalten darnach einrichten. Leider ist auch mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Behandlung der Deutschen nicht allzusehr von der im besetzten Rheinland gehandhabten abweichen wird. Während also die bis dahin zurückgekehrte polnische Mehrheit eine Besserung der Verhältnisse erwartet, steht die deutsche Minderheit vor der bangen Frage: „Sollen wir für die Fehler der Regierung büßen?“ Bei der Beantwortung dieser Frage wird Gefühl und Verstand um die Vorherrschafft kämpfen und bekanntlich gehen Gefühl und Verstandsfragen nicht Hand in Hand. Ich selbst bin aus taktisch und bürgerlich-politischen Gründen für die Vorherrschafft des Verstandes, doch die Geschichte lehrt, daß alle größeren Umwälzungen mehr der Stimmung als dem Verstand ihren Ursprung verdanken. Sogar der kühl abwägende Politiker muß in gewissen Lagen das Gefühl und die Stimmung in seiner Partei vertreten, und wie mag wohl die Stimmung in der polnischen Mehrheit in Oberschlesien sein, wenn wir die in meinem erwähnten Artikel angezogenen Fälle zur Aburteilung heranziehen? Wie muß diese Stimmung durch die Wirtschaft des Grenzgebietes und durch den damit in Verbindung stehenden polnischen Angst-Aussatz beeinflusst worden sein, wenn man erwägt, daß viele Menschen genötigt waren, ihr Hab und Gut zu verlassen, um sich vor der Misshandlung der sich als Nationalhelden fühlenden landfremden deutschen Truppen zu schützen? Daß vorher noch Oberschlesier unter niedrigen Vorwänden die Gefängnisse füllten, bei Regen und Unwetter in Wäldern haufen mußten, hat auch nicht nur zur Mäßigung dieser Erbitterung beigetragen. War es nötig oder flug, die an und für sich sehr gemäßigten polnischen Führer zu verhaften, bei Tag und Nacht Hausdurchsuchungen zu halten (bei einem Gutsherrn im Kreise Lublin im Laufe dreier Monate 11 Mal!) und bei dieser Gelegenheit die Begriffe von Mein und Dein zu verwechseln?

Ich schreibe alle diese Mißgriffe nicht der deutschen Minderheit zur Last, doch, wer wird nunmehr die Verantwortung hierfür tragen, und wer ist der Schuldige?

Man wird mir ohne Zweifel antworten: „Die Regierung und hauptsächlich der Staatskommissar Hörsing“.

Ich teile diese Meinung nicht, denn obwohl uns immer vorgeredet wird, daß wir jetzt eine freischließende sozialistische Regierung haben, so sieht die Sache bei Licht beisehen, ganz anders aus. Hörsing als der offizielle Vertreter dieser Regierung war nicht der starke Mann, für den er sich ausgab, und als welcher er sich fühlte. Er war nur das Werkzeug in der Hand der deutsch-nationalen Partei. Während der ganzen Zeit seiner Herrschaft, die von allen als Diktatur empfunden wurde, herrschte der Belagerungszustand, und das Militär war die ausschlaggebende Instanz, und hierbei wiederum allein der Chef der 117. Infanterie-Division in Gleiwitz. Dieser hat mit rauher Soldatenhand Wunden aufgerissen, die durch den Valsam der Verständigung wenn nicht geheilt, so doch wenigstens auf ein Minimum hätte zurückgeführt werden müssen.

Wer war die Triebfeder? Die Deutsch-Nationale Partei! Sollten sich diese Herren nicht vor Augen halten, daß alles einmal ein Ende hat, und sich die Frage stellen, was aus einer solchen Behandlung des obereschlesischen Volkes für Folgen erblühen können, und wie wird das Ende aussehen? Es ist ein Ende mit Schreden geworden, das heute diejenige Kreise erregt, die hierbei mit der Lat oder durch passives Verhalten gefündigt haben. Hörsing ist die Treppe hinauf gestolpert und wurde Oberpräsident in Magdeburg, während der meist aus Sachsen und Bayern zusammengesetzte Grenzschutz den obereschlesischen Staub von den Füßen geschüttelt hat und nichts als Verbitterung hinterließ. Verbitterung ist also das Gefühl, das zur Zeit in Oberschlesien vorherrscht und auch bei einer Abstimmung über die Zugehörigkeit in Oberschlesien vorherrschen wird.

Gibt das nicht zu denken? Ist es nicht höchste Zeit, über Mittel und Wege nachzusinnen, um diese Verbitterung zu verringern?

Die polnische Bevölkerung in Oberschlesien hat nach wie vor das Empfinden, daß die gesamte deutsche Presse einschließlich der katholischen gegenüber der allgemein bekannten Vorgehaltung des Polenums ein völlig passives, ja sogar geradezu feindseliges Verhalten zur Schau getragen hat. Jetzt werden sich die Folgen zeigen. Hörsing hat Oberschlesien ver-

lassen, und seine Trabanten werden ihm bald folgen, die deutsche Bevölkerung hat aber jetzt die Sünden anderer zu büßen.

Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi.

In meinen früheren Artikeln im „Oberschlesier“ habe ich Fingerzeige zur Anbahnung einer Verständigung gegeben, doch gebe ich mich keiner allzu großen Hoffnung hin, da die deutsch-nationalen Scharfmacher für Verständigung niemals Sinn gehabt haben.

Wäre es nicht an der Zeit, schon jetzt mit der polnischen Mehrheit Fühlung zu nehmen, um die inneren Interessen Oberschlesiens zu wahren, umso mehr, als man in Warschauer Regierungskreisen in richtiger Einschätzung der Eigenart der hiesigen Bevölkerung zu weitgehenden Zugeständnissen in Fragen der Autonomie bereit sein soll.

Weshalb hat denn die deutsche Presse — wiederum ohne Ausnahme — den am 1. November 1919 vom Warschauer Gesamtministerium gefassten und auch in hiesigen polnischen Zeitungen bekannt gegebenen Beschluß totgeschwiegen, daß Oberschlesien und das Teschener Gebiet einen besonderen Verwaltungsbezirk bilden sollen, weil historische, kulturelle und volkshydrologische Rücksichten es verlangen, die spezifisch „schlesische“ Bevölkerung in beiden Teilen zu einander gravitiert und eine, besonders diese Umstände berücksichtigende separate Verwaltung zweckdienlich erscheinen läßt. Schon am 3. und 5. November 1919 hat der Finanzminister Szegonowski in zwei beifällig aufgenommenen Reden in Teichen und Wilk die öffentlich bekannt, und die anwesenden Mitglieder der ganz deutschen dortigen Handels- und Gewerbestammer haben diesen Plan einstimmig gutgeheißen. Gerade Polen hat im wohlverstandenen — auch eigenem — Interesse schon heute einen Plan entwickelt, der uns Oberschlesier mit den uns am nächsten stehenden Brüdern nach Jahrhunderten eint, und andererseits den von der Entente gemachten Vorschlag, einen Industriebezirk aus Teilen Oberschlesiens, des Teschener, sowie des galizischen, und des früher russisch-polnischen Industriebezirks zu bilden, aus völkischen Gründen verworfen.

Ich habe immer und heute noch die Ansicht vertreten, daß, wenn zwei Parteien sich befinden und zum Abkläufen um dessen willen Spruch anzurufen, sie sich das Zeugnis großer Urteilslosigkeit ausstellen, denn sie liefern den Beweis, daß sie selbst nicht in der Lage sind, die Konsequenzen aus einer gegebenen Situation zu ziehen. So erscheint es mir mit der Abstimmung in Oberschlesien.

Einigen wir uns alle Oberschlesier zuerst untereinander, dann ist die Befragung Oberschlesiens überflüssig, wir ersparen den beteiligten Staaten und uns nur viel Geld und Ärger. Die Anschlußfrage ist nicht so wichtig. Die Einigung ist notwendig — ganz gleich, was kommt.

Polen würde viel lieber ein geeinigtes Volk der Oberschlesier in seinen Staatsverband aufnehmen, denn dann werden unheilbringende Parteikämpfe unterbleiben, und die Arbeitskraft eines jeden guten Staatsbürgers wird staatsverwaltend Betätigung zum Wohle aller Staatsbürger erhalten bleiben.

Begünstigt Deutschland liegt keine Veranlassung vor, etwa unfreundlich oder feindselig aufzutreten.

Verlangen wir, was uns zukommt, und näher ist der Friede auf der ganzen Linie, da ein jeder Mensch zugeben muß, daß ein freundschaftliches Verhältnis für beide Teile nur erprobte Vorteile zugehen kann.

Kaffen wir uns endlich auf zu der erlösenden Tat ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die uns ohne Zweifel von verschiedenen Seiten gemacht werden. Ich sehe eine Bekämpfung sowohl von deutscher, als auch polnischer Seite voraus. Die Deutsch-nationalen, gleichbedeutend mit dem Kapitalismus und seinen Trabanten, werden zu einer Versöhnung kaum das Wort reden, sie haben ja auch nichts zu verlieren, denn der Kapitalismus ist ja international. Aber auch im Polenlager gibt es hoganante November-Polen, die ihr polnisches Herz seit der November-Revolution entbedt haben, jetzt auf einmal vom polnischen Adel abstammen, Warschauer Sachverständige für Schlachtfeldfragen konsultieren, und nicht aus idealen, wohl aber aus materiellen und egoistischen Rücksichten sich polnischer als Baberewski selbst gebärden. Diese kleinen Geister wollen wir Oberschlesier jedoch nicht fürchten. Es gibt unter den Polenführern Patrioten, die aus Interesse für das Wohl des Volkes kämpfen, und diese werden uns ihre Hilfe bei der Wahrnehmung unserer Hausheerrechte nicht verweigern.

Schließlich muß jeder Anhänger einer von ihm als gut anerkannten Idee den Mut haben, für dieselbe auch gegen eine ganze Welt von Feinden aufzutreten, ohne sich nach Rechts oder Links um Hilfe umzusehen.

Dem Mutigen hilft Gott!

Benjamin D.S.

Bruno Behel

Polens Zukunft.

Die Nationalpolen täuschen sich gar sehr, wenn sie glauben, wir wünschten die Vernichtung oder die Nichtexistenz des polnischen Reiches.

Wir wünschen den Bestand Polens, aber eines starken, innerlich geordneten Polenreiches. Allerdings sagen wir auch: Viel lieber gar kein Polen, als ein schwaches, zerrüttetes, zerrissenes Polen. Denn ein solch innerlich zerfallener Körper steht die anderen Staaten an, ein solches in Brand stehendes Haus, dessen Bewohner statt zu lächeln, mit einander kämpfen, überträgt sein Feuer auf die Nachbarnhäuser, ein solches Pulverfaß, bei dem mit Feuer gespielt wird, kann die ganze europäische Staatengemeinschaft wieder in Brand setzen.

Und man mag über das moralische Unrecht der damaligen Diplomaten denken wie man will, es ist sicher, daß die Teilungen der Jahre 1772, 1792, 1795 für den Frieden Europas ein Glück waren. Es ist dadurch vor vielen Kriegen bewahrt geblieben. Der Feuerherd wurde auseinander geschoben, das Pulverfaß zerklüftet, und ein Balkan Europa war gelöst, die Wächter der Völker konnten ruhiger schlafen.

Daß der polnisch national führende Patriot davon schwer getroffen wurde, soll nicht geleugnet werden, aber auch er mußte bedenken, daß alle diese Teilungen vom polnischen Parlament selbst beschlossen wurden, mit Majorität beschlossen wurden.

Ein Volk, das politisch so tief sinkt, verdient seinen staatlichen Untergang.

Der „Weiße Adler“ behandelte in Nr. 48 des vorigen Jahrgangs diesen Untergang, und versuchte die Hauptschuld auf die Bestechungskünste Preußens, Österreichs und Rußlands zu schieben.

Diese hinterlistige Diplomatie beschönigen wir gar nicht, — aber wer ist mehr zu verurteilen, die Regierung, welche im Interesse ihres Landes und Volkes Bestechungen verübt, oder der Volksvertreter, der sich bestechen läßt und um Geld sein eigenes Vaterland zerteilt?

Doch lassen wir die traurige Vergangenheit und betonen wir nochmals, daß wir dem Polenlande eine starke, friedliche Zukunft, ein ehrenvolles Bestehen unter den Mächten wünschen. Freilich dürfen wir nicht verschweigen, daß die bisherige Betätigung der Polen im Polenstaate keine glänzende Zukunft verspricht. Es zeigen sich bereits in erschreckender Weise die zersetzenden Kräfte, welche im 18. Jahrhundert Polen in den Tod führten, und das bezugen täglich patriotische polnische Blätter.

Bestechlichkeit, Trägheit, nationales Mautheldentum, herzlose Mißachtung der Wünsche des armen Volkes grassieren schlimmer wie zu Nepomus und Portiawoski Zeiten. Und ebenso zeigt sich der Erbfehler der polnischen Schlachta und Intelligenz, das törichte Hinneigen zum Osten und das Liebhäugeln mit Rußland, die „russische Orientierung.“

Diese verhängnisvolle falsche Wahl hat Polen schon 1386 wie 1588 wie 1770 gezeigt, und immer dabei verloren, wenn es irrtümlicher Weise auch heute noch der Meinung ist, als wäre die Wahl des Heiden Jagello zum König die Ursache einer Glanzperiode.

Das polnische Volk inkliniert instruktiv mehr für den Westen, die Schlachta merkwürdigerweise mehr für den russischen Osten, und es mag schon wahr sein, was manche Forscher zu beweisen versuchen, daß diese Schlachta mehr Mongolenblut in sich hat, als das Volk, welches ein ganz anderer Stamm zu sein scheint.

Doch das nebenbei. Die größte und patriotischste Rede hielt bei den Novemberdebatten des polnischen Parlamentes ein Sozialist, Herr Daszynski (23. Nov. 1919). Auf diese kluge und maßvolle, von historischem Sinn getragene Rede müssen wir eingehen, wenn wir die einzige Möglichkeit einer staatlichen Existenz Polens hier erörtern.

Daszynski jagt bezüglich der äußeren Politik Polens unter anderem:

Der Herr Premierminister tröstet uns, daß der Krieg beendet werden wird, wenn ein neues, gerechtes und großes Rußland aufsteigen wird. Man erwartet das Entstehen dieses Rußlands. Es ist dies eine schädliche Utopie. Es ist eine Verweisung der Lösung des Problems, das vor uns in einer immer deutlicheren Form erscheint.

Das Problem der Stellungnahme Polens zu Rußland hat zwei Lösungen: Entweder ein großes Rußland und ein Bündnis mit ihm, oder ein Bündnis im Verein mit den von der russischen Herrschaft befreiten Völkern gegen Rußland. Wer mit Finnland, Estland, Livland, Litauen, Weißrußland und der Ukraine eine Befreiungspolitik beginnt, der wird wider sich sowohl das bolschewistische Rußland, als auch das Rußland Denikins und Koltschaks haben. Hier hilft kein Liebäugeln. Das polnisch-russische Problem hat zwei Lösungen. Wer mit dem einen und mit dem anderen liebäugelt, der verdirbt beides. Man kann das Vertrauen Litauens, Livlands, Weißrußlands und Estlands nicht erwecken, indem man gleichzeitig an ein großes, groß-



Berühmte Oberschlesier: Der Bildhauer Theodor Kalide (Jugendbild) geb. 1801 in Königshütte, gest. 1863 zu Gleiwitz. Zeichnung von Zwiener.

mütiges, schönes Rußland glaubt. Das polnische Problem ist noch komplizierter, weil es ein Problem zwischen Deutschland und Rußland ist, es ist ein Problem von erschreckenden Schwierigkeiten, wo Polen sich nicht entschließen müssen, um jeden Preis Kräfte zu mobilisieren, um eine Verbindung der Deutschen mit den Russen zu verhindern. Wer festsetzen wird als Stütze und Schutz der von der russischen Bedrückung befreiten Völker — das aber müssen wir in der Zukunft sein — wer einen klaren Befreiungsplan aufzeichnen wird, der wird diese großen Kräfte freimachen, der wird das Problem lösen, der wird ein dauerhaftes Polen erbauen. Wer unmittelbar Rußland zu den Grenzen Polens zulassen wird, der wird ihm einen Weg zur Erfüllung des letzten Schrittes bezeichnen, um sich mit den Deutschen zu verbinden, und wenn dies im Herzen Polens, in Warschau, geschehen sollte. Hier kann es zwei Meinungen nicht geben, hier kann man nicht mit dem einen oder mit dem anderen liebäugeln. Hier müssen wir wissen, wessen Freunde wir sind und wessen Freunde wir nicht sind. Sieh den Interessen der französischen Rentiers,

der englischen und amerikanischen Kapitalisten leiten lassen, ist Wahnsinn, ist ein Verbrechen, ist eine Politik der Knechtschaft, ist eine Politik, die augenblickliche Erfolge bringen kann, sich aber auf die Dauer als verderbenbringend erweisen wird. Wir waren Zeugen, wie man unter der Gleichgültigkeit ganz Europas unser Land zerteilt, den Staat zerriß und das lebendige Volk vierteilt. Glauben Sie, daß in der Epoche der Stärkung des Kapitalismus, in der Epoche des schrecklich verstärkten Kampfes um das Dasein, des Klassenkampfes, das Schicksal und die Klagenlaute des zerrissenen Polens irgend jemandes Mitgefühl erwecken werden? Wird man im 20. Jahrhundert zu uns ebenso hilfsbereit herbeieilen, wie man dies im 18. Jahrhundert nicht getan hat? Aber wenn nicht, wenn wir uns auf uns selbst verlassen müssen, was ist es dann für eine Politik, was ist das Ziel dieser Politik, was für ein Charakter, was für Grundzüge? Woraus sind wir denn entstanden und emporgewachsen? Aus dem Kampfe um die Freiheit, aus dem Kampfe gegen den Zarisismus, gegen die Bedrückung, und wir hatten den Glauben, daß dies unser aller-

Unser Oberschlesien.

Von Max Niebuhr.

Es war einmal ein schüchtern, ungelinker Bursch, halb Bauernjunge, halb ein verwegener Waldgeisel, dem die Strohhalme im Haar schopf und die Fingerringe am Kleid hingen. Fast das ganze Jahr hindurch lief er barfüßig und barhauptig umher. Sonne und Regen, Herbststürme und klingendes Eis taten ihm nichts. Sein Reidenherd führte ein geruhiges Dasein, denn er brauchte nur immer das Gleiche tagaus und tagein zu kochen.

Aber da bekam der Bursch Besuch. Wohlmeinende Nachbarn klopfen eines Tages an die Bohlentür seiner Hütte. Er wehrte ihnen den Eintritt nicht. Mit ehrlichen, klugen Augen sahen sie dem Burschen ins Gesicht und sagten: „Der Herrgott hat dir reiche Schätze unter die Füße gelegt. Doch scheint's dir verborgen zu sein. Willst du nicht dein Glück machen. Willst du nicht dein Glück versuchen? Du kannst dich berühmt machen und zum Segen der Menschheit werden. Geld! ein stämmiger Bursch kann das schon leisten. Wir wollen dir zeigen, wie man's macht und dir Helfer senden; die werden dir geschickt zur Hand gehen. Magst du unsern Rat und unsre Hilfe?“

Der frille Gejelle guckte die Nachbarn zunächst eine Weile verständnislos an. Dann aber blickte es in seinen Augen unternehmungslustig auf, und schließlich sagte er bedächtig und schwerfällig:

„Nun, so lehrt mich's! Ich kann's!“

Und dabei straffte er seine Arme und redete sich in seiner ganzen urwüchsigen Gestalt.

Er ward ein gelehriger Schüler.

Er, dem früher der grüne Ager und des Waldes geheimnisvolle Hallen ein Heiligtum dünkten, gerrig mit ungehäuhter Kraft den bunten, weichen Teppich, den sich die Heimaterde um ihren Leib geschlungen hatte. Grab und Wühlte in den schlummernden Tiefen, heißbegehrend, rastlos, ein unermüdlicher Schatzgräber.

Schwer war das Werk. Mehr als einmal hielt er tief aufatmend inne und horchte hin, ob nicht die Geister seiner Heimat sich strafend naheten, sein Beginnen zu vereiteln. Aber nichts geschah. Und so glaubte er denn, mit seinem Tun keinen Frevel zu begehen.

Silbern schimmernde Kristalle und Diamanten voll satem schwarzem Glanze hob der Bursch aus ihren dunkeln Kammern; und der helle Tag beguckte neugierig, was da an Beute aus dem ihm verschlossenen Erdinnern herabquoll. Finster blickende Felsstücke und braune, gelbe Felsstücke häuften sich zu Haufen von solcher Mächtigkeit, daß die alte Heimaterde die Last kaum zu tragen vermochte. Hier und da, wo ihr die Bülharbeit arg zugeleht hatte, fiel sie ächzend zusammen. Aber das kümmerte den zah und klug gewordenen Glücksucher nicht. Auch des Wassers, das mit zerstörender Kraft seinen Händen entriß, was er mühsam erjagt hatte, wurde er Herr.

In rüstigem, unermüdlichen Schaffen ward aus dem einst einsamen, stillen Burschen ein Mann mit eisernem Willen und nie erlahmender Tatkraft. Er kochte die Erze in haushohen Öfen, die er mit den schwarzen Steinen seiner Heimat Tag und Nacht, jahraus, jahrein fütterte. Kräfte von ungeahnter Macht entfielte er. Mit harter Faust und kühl bedenkendem Verstand hielt er sie nieder und machte sie sich dienstbar, daß sie unter dem Schuß aufschrien und freischrien, heulten und knirschten. Mitten in diesem Höllenbraus, dem Losen und Branden eines flammenden, rauchenden, glutflüssigen Meeres pflügte er sich wohl. Und je mehr er schaffte durfte, je leichter er alles Widerstrebende unter seinen Willen zwang, desto mehr wurde aus ihm ein Mann, ein Kämpfer, ein Held.

Und wenn er einmal den Eisenkopf hob, die starken Arme unterstüßte und mit hellen Augen sein Werk überschaute, dann er ein Heer von Helfern beschäftigt, da nickte er zufrieden und jagte: „Sch habe euch das Glück gebracht.“

Und seine Helfer, die von da und dort zu frohem Schaffen herbeigeeilt waren und sich zwischen Galben und Esen ihre Wohnstätten gebaut hatten, antworteten: „So ist's!“

Und die Heimaterde lächelte: „Du hast mich aus tausend-jährigem Schläfe zu neuem segensreichem Leben erweckt.“

Die Geister des Reides und der Schelmsucht zwar greinten: „Du zerstörst die fruchtbare Ackererde und raubst den Menschen Korn und Kraut.“ Da lächelte er überlegen und wies nach dem dichten Kranz von Wäldern und Fruchland, der sein Glücksreich umstand, und entgegnete: „Dort gib's noch genug. Das ernährt uns alle. Unsere Schätze gegen deren Früchte. So ist's in Ordnung.“

Und er behielt recht.

Da durchgitterte verhaltenes Waffengeklirr die Luft. Das Kriegshorn gellte jährr über den in emfiger Friedensarbeit aufgehenden Gau.

Einen Augenblick hielt die Welt den Atem an. Dann aber löste die rote Fackel, dann rollte die Trommel dem kampfergeistereten Heerban voran.

Es war Krieg —

Und das Helfervolk griff zur Wehr für seinen Wohltäter, zum Schutze für Heim und Herd. Nicht sollte die Kriegsfurie das Werk zerrreten, das Tausende und Abertausende ernährte, das für Kinder und Kindesfinder Schatzkammer und Heimatstätt bleiben sollte.

Der Glücksbringer aber stand, umflart vom grellen Schein seines Schaffens vor seinen Getreuen und reichte ihnen leuchtenden Auges die Waffen, die er seit langem in bester Art für sie geschmiedet hatte: stählerne Wehren, Liebe zur Heimat — und festen, zähnen Willen lieber unterzugehen, als im Sklavenjoch eines andern zu stehen.

Ein hartes Ringen begann. Bang läuschte die alte, treue Heimaterde auf jede Kunde, die der Ostwind brachte.

„Wehe uns!“ raunte es verzweifelt in den Werkhallen und Wohnstätten. Und die Räder im Förderturm mehrten zeitweise mutlos stehen, als lohnte es ihnen nicht mehr, dem unten schaffenden Bergmann an die Hand zu gehen.

„Wehe ihnen!“ rief der starke Mann; und er verdoppelte seine Kräfte, kannte den Schlaf, grub, wühlte, kochte und schmiedete unermüdlich.

heiligstes Recht ist, jegliche Übermacht zu vernichten. Aber wenn dem so ist, so brauchen wir uns dieses Glaubens nicht zu schämen, wir haben es nicht nötig, dem Ausland Demosins entgegenzuwerfen. Man sagt bei uns, daß dieses Ausland einmal groß sein wird.

Endlich noch eine Sache! Wo ist der Wahnsinnige, der uns mit drei Reichen von der übrigen zivilisierten Welt abschließen möchte, im Osten mit Rußland, im Süden mit der Tschechoslowakei und im Westen mit Deutschland. Bezieht uns doch der einfache Instinkt, einen Ausweg aus der Blockade dieser drei Reiche zu suchen, die sich untereinander verständigen können. Wir müssen eben Verbindung suchen mit Reichen, durch welche wir unseren Export oder Import leiten können. An je mehr Reiche wir grenzen werden, wir, die wir in der Mitte Europas liegen, desto vorteilhafter wird unsere Situation sein. Stattdessen wünschen wir in unserer wilden Verblendung, daß Rußland an uns grenzt auf dem gesamten Territorium von der estländischen Grenze bis zum Schwarzen Meer, im Sinne der Forderungen der Entente, und ich füge hinzu, im Sinne der Mode der Entente, die gegenwärtig dort vorherrscht. Dies ist doch eine Verblendung, dies ist eine Politik, die kein vernünftiger Pole verstehen kann.

Man kann annehmen, daß dies der heutige Standpunkt der vernünftigen denkenden, wirklich vaterlandsliebenden polnischen Polen ist.

Und dennoch ist dieser Standpunkt falsch. Er wird dem Polenreiche höchstens ein langsameres Sterben, nie aber aufblühendes Erstarken und starkes Bestehen sichern. Es ist die Politik des Schöpfers, welcher eine Anzahl Schafe außerhalb der Herde stellt, damit das Rudel der Wölfe nicht sofort in die Herde einbricht. Wenn die „Randschafe“ getroffen sind, tut es der Wolf doch, bricht in die Herde und frisst Schafe wie Hirten.

Man verstehe: Die kleinen, vom Bolschewismus stark verschreckten Randstaaten werden doch allmählich dem Eroberer oder Ententeischen Rußland zufallen, und dann kommt eben Polen an die Reihe.

Nein, für Polen ist nur eine einzige Möglichkeit der staatlichen Existenz und Erstarkung: Enger und enger Anschluß an Deutschland. Polen mußte, — ich möchte sagen — auf den Knieen — Deutschland um ein enges, auf wenigstens fünf Jahre bemessenes Bündnis in wirtschaftlicher, politischer, sogar militärischer Beziehung bitten.

Wer das sagen. Sprichwort von der ewigen Feindschaft des Polentums und Deutschtums! geprägt, war ein wahrhaft diabolischer Feind seines polnischen Vaterlandes. Und leider haben Schlagwörter auf die polnische Politik stets einen großen Einfluß gehabt, als vernünftige Erwägungen. — Die Geschichte Polens bis zu Maximilian dem Großen, die Geschichte Schlesiens und Mariensberg bezeugen auf jeder Seite, daß die Pläne der genannten Länder stets mit dem überwiegenden Einfluß des Deutschen zusammenhängen, der Rückgang des deutschen Einflusses bedeutete auch den kulturellen und politischen Niedergang dieser Staaten.

Deutschland wollte Polen nie politisch, sondern nur handelspolitisch, kulturell erobern.

Man lese in dem Werke von Graf Hertling („Ein Jahr Reichstanzler“, Freiburg, Herder) einmal nach über das erbitterte Ringen zwischen dem Reichstanzler und Lubendorf, der im Jahre 1917 noch die Annexion polnischer Gebiete bis nahe an Warschau heran verlangte. Der Kaiser stellte sich aber schließlich auf Hertlings Seite, und die Annexion fiel.

Nur enge Anlehnung Polens an Deutschland sichert Polen's Bestand. Deutschland kann jetzt und für lange Jahrzehnte gar nicht an politische Eroberungen denken, selbst wenn es wollte, was nicht der Fall ist. Es ist zu sehr in

1) Poki swiat swiatem, Polak z Niemcem nie bedzie bratnem (Solange noch hält des Weltalls Band, weigert der Pole dem Deutschen die Freundschaft).

Die Kämpfer drüben stärkte es, wenn sie rückwärts zur Heimat schauend die Randschafener, die nächtlichen Feuergeräusche sich breiten sahen über dem Stückchen Erde, das ihr Glück, ihr alles barg.

Rum und nimmermehr!

Erunterend flog das Wort durch ihre Reihen; und der Haß ihrer arbeitgefrähten Leiber zeigte sich unüberwindlich.

Dann kehrten sie heim. Die Dinge hatten sich gewandelt. Manchem tat es bitter weh. Aber eines tröstete sie alle: Die Heimat ist uns geblieben. Unser liebes, trautes Oberschlesien!

Und das war ihnen genug.

Wer der Burda ist? Das ist des Oberschlesiers eigener Geist, seine unermüdete Tatkraft, seine Anstelligkeit und Fähigkeit.

Und seine wohlmeinenden Nachbarn? Vergesse er sie nicht und sei er nicht undankbar.

Ihnen beiden gilt Dank und Ruhm. Sie einigten sich stets in dem Ruf: Sei Oberschlesien!

Wir lassen uns nichts vorreden!

Landfremde wollen jetzt behaupten, daß die polnischen sprechenden Oberschlesier sich mit den deutschen Brüdern schlecht vertragen. Wer unser Land und unsre Leute kennt, der weiß, daß das zum Glück nicht so ist oder doch nicht so war. Dafür ein Beispiel aus dem wirklichen Leben:

Es war kurz vor dem Kriege, da lebte in Gleiwitz ein pensionierter Arbeiter, ein sehr ehrenwerter Mann; der wollte wegen der Reute nach Breslau fahren zur Unternehmung, denn er hatte ein Augenleiden. Von seinen Angehörigen hatte keiner Zeit, mitzufahren. Deshalb hatte unser Freund Angst vor der Reite. Er konnte zwar deutsch, aber Zuhause sprach er meist polnisch, und er kam selten unter fremde Leute. Wie sollte er sich nun unterwegs und in Breslau mit ganz deutschen

der Hand der Entente. Überdies würde der mächtig auftretende Gedanke des deutschen Einheitsstaates prinzipiell die Einverleibung fremder Volksmassen verbieten.

Rußland dagegen wird schon Ostgaliziens und seines Trügens nach westeuropäischer Kultur wegen naturgemäß den polnischen Pufferstaat aufpassen wollen, ganz abgesehen vom wiedererstehenden russischen Nationalismus. —

Deutschland wird für Polen ein aufrichtiger Bundesgenosse sein, was Rußland seiner inneren Natur, seinen Interessen nach nie werden kann. —

Und einigt sich Polen nicht mit Deutschland, so muß notwendig Deutschland sich mit Rußland einigen, und das Opfer dieser Einigung müßte Polen werden, auch wenn es Deutschland nicht will. Steht ja doch die Tschechoslowakei durchaus nicht interesselos dabei. — Wer die Zeitungen im Tschechener Gebiet liest, weiß genug.

Es gibt für Polen nur einen Rettungsweg: Engsten Anschluß an Deutschland!

Wer soll Polen später schützen? — Frankreich?

Frankreich wird es ruhig fallen lassen, wenn Rußland stark wird; es hat dann sogar ein Interesse daran, daß Rußland Grenze an Grenze an Deutschland stößt. Frankreich hat 1806 und 1815 die wirkliche Wiedereinrichtung Polens mit kaltem Lächeln abgelehnt.

England? England will wohl eine Wiedereinrichtung Polens im früheren Maße nicht, weiß aber, daß sie auf ein Jahrhundert nicht zu fürchten ist. Andererseits hat England auch schon sehr deutlich ausgedrückt, daß es Polen für die fernere Zukunft als politischen Faktor überhaupt nicht anerkennen will. Man frage einmal in Warschau beim auswärtigen Amt. Dort gibt es nach jedem Engländer-Empfang immer längere Gespräche.

Amerika? —? Das Urteil Amerikas über Polen ist längst fertig, und wird gar nicht mehr verheimlicht.

Will also Polen wirklich existieren, so kann es das nur mit Hilfe Deutschlands. Es muß zu Deutschland kommen und um das Bündnis bitten, auch wenn Mutter Entente vorläufig nicht will und Schwiegermutter Frankreich mit Ungnade droht. Aber freilich ist ein solches Bündnis von Deutschland nicht umsonst zu haben, zumal ihm Polen von Entente-Landgraben drei blühende Provinzen abnehmen will und soll. Entgegenkommen bis zum äußersten ist da seitens Polens nötig. Dies Entgegenkommen müßte sich erstrecken vor allem auf Oberschlesien, in der Weise, daß Warschau die polnische Agitation weder durch Geld noch durch Agenten unterstützt. Auch in bezug auf Mittelschlesien, von dem einzelne ganz deutsche Gebiete getrennt werden sollen, kann Polen mit Leichtigkeit entgegenkommen, indem es der Entente die Abstimmungsabstimmung für diese kleinen Gebiete nahelegt.

In bezug auf Danzig und Westpreußen hat Polen auch viel Gelegenheit zum Entgegenkommen. —

Es liegt also an Polen; Polen kann richtig wählen und wird bestehen, wenn es das deutsche Bündnis erringt, es wird aber wahrscheinlich falsch wählen, und an seiner östlichen „russischen Orientierung“ zugrunde gehen.

Dr. Nieborowski.

Kongreßpolen — Großpolen — Kleinpolen.

II.

Von Junitinus.

Der schon immer gefühlte Gegensatz zu den Polen jenseits der russischen Grenze hat die Bewohner des Posener Gebietes von vornherein veranlaßt, nach weitestmöglicher Selbständigkeit bei der Vereinigung mit dem neuen polnischen Staate zu streben. Gewarnt durch das Beispiel Galiziens, das schon wenige Wochen nach dem Zusammenstoß mit Kongreßpolen das völlige Aufgeben seiner Selbständigkeit namentlich in finanzieller Hinsicht und

in Berücksichtigung seines Handels und seiner Industrie bedauerte, suchten die Großpolen sich als möglichst geschlossenes selbständiges Gebilde der Republik anzugliedern.

Der historische Verlauf unterstützte dieses Bestreben: das Posener Gebiet gelangte erst in den letzten Dezembertagen 1918 zur Abgrenzung der preussischen Herrschaft, weitere Gebietsreste kamen erst im Laufe der nächsten Wochen an Polen, der Rest erst im Januar 1920 infolge des Versailler Vertrags.

Es wurde bereits im vorigen Aufsatz betont, daß die Großpolen sich einerseits kulturell den Kongreßpolen anverleihen fühlten, andererseits in den Augen der dortigen Polen nicht immer als Nationalpolen von allerreinster Wasser angesehen wurden. Wichtiger als der kulturelle und stimmungsmäßige Gegensatz wurden jedoch die Bräutungen, die die hochentwickelte Landwirtschaft, der Handel und die Industrie in Großpolen gegen eine zentralistische Leitung von Warschau aus hatten. Mancherlei an sich untergeordnete aber in heutigen Zeitläufen doch recht wichtige Dinge verdrängten das Verhältniß zwischen Kongreß- und Großpolen. So sind z. B. bis heute in der Posener Presse die Klagen darüber nicht verstummt, daß gerade das Posener Gebiet besonders karg mit Kohlenlieferungen aus dem Dombrowa-Revier bedacht werde. Bedeutender als die Klagen der städtischen Privaten über den hier besonders fühlbaren Kohlenmangel sind die Beschwerden der Posener Industrie, die in dem Verteilungsschlüssel des Warschauer Ministeriums die Tendenz zu sehen glaubt, die immerhin nicht unbedeutende Industrie Großpolens zugunsten der im Wiederaufbau befindlichen kongreßpolnischen Industrie in ihrer Entwicklung, ja in der Erhaltung ihres Besitztandes zu hemmen.

Ungefehrt liegt das gegenseitige Mißtrauen und die gegenseitige Beschwerdeführung in der Lebensmittelfrage. Großpolen mit seiner hochentwickelten agrarischen Produktion ist wie ein wirtschaftlich autonomes Staatsgebilde durch strenge Ausfuhrverbote darauf bedacht, eine reichliche und vor allem hoher Preissteigerung gesicherte Ernährung seiner Bevölkerung sicherzustellen. Es hat es durchsetzen können, diese Ausfuhrverbote nicht nur gegen Deutschland, sondern in fast gleicher Schärfe gegen Kongreßpolen aufrecht zu erhalten. Während also in Großpolen auch in städtischen Bezirken von einer Nahrungsmittelnot nicht gesprochen werden kann, herrscht in den Städten Kongreßpolens für alle nicht außergewöhnlich bemittelten Schichten eine Knappheit, für die breiten Massen der Minderbemittelten unmittelbarste Not an den notwendigsten Nahrungsmitteln wie Brot und Kartoffeln, von Fett, Fleisch, Milch, Butter und Zucker zu schweigen. Die Hungernot der Masse zwingt daher Kongreßpolen aus dem entsetzlichen Auslande in erheblichen Mengen Nahrungsmittel einzukaufen. Diese Käufe haben von den anderen Ursachen abgesehen mit dazu beigetragen, daß infolge der geringen Ausfuhr die polnische Valuta jegliche Kaufkraft im Auslande verlor, während das gutverpflegte Großpolen durch seine finanzielle, auf der deutschen Mark basierte Selbständigkeit nicht einmal die Folgen der sinkenden Valuta spürte. Erst vor wenigen Wochen ist durch das Warschauer Finanzministerium im großpolnischen Gebiete die zwangsweise Gleichsetzung der polnischen mit der deutschen Mark erfolgt. Diese rigorose Maßnahme hat neben einer nicht unbedeutenden Kapitalflucht nach Deutschland erneute schwere Verbitterung im Posener Gebiet erregt, da ja namentlich durch die Umkehrung der Verordnung auch auf Forderungen bei den höheren Kursständen der deutschen Mark eine beträchtliche Vermögensschädigung der Kapitalienbesitzer eintrat.

Diese wenigen Beispiele zeigen, welche zahlreichen Einzelprobleme die polnische Regierung zu lösen hat, bis es ihr einmal gelingen wird, einen befriedigenden Ausgleich

Leuten verständigen, wie sollte er sich allein zurechtfinden in der großen Stadt?

Kein Wunder, daß der alte Mann ängstlich war. Der Zug ging erst gegen 7 Uhr früh, aber unser Freund war schon abends um 10 Uhr auf dem Bahnhofe. Sicher ist sicher!

Na, und wie ging es auf der Reite? Gut, sehr gut! Als der Alte nach Hause zurückkam, konnte er garnicht aufhören zu erzählen. Er wollte garnicht schafen gehen, so aufgeregt war er und so glücklich! „Auf der Bahn habe ich mich nicht unterhalten, und ein Herr hat mir gesagt, ich brauche keine Angst zu haben, er wird in Breslau mitkommen zur Landes-Versicherungsanstalt und zur Augenklinik. So hat er's auch gemacht, und wir sind zusammen auf der Elektrischen hingefahren. Und dann hat mich eine Krankenschwester unter den linken Arm genommen, eine zweite unter den rechten Arm, die waren freundlich und so gut zu mir, — wie zwei Engel! Und der Doktor war auch so freundlich, da ging alles ganz gut. Wie ich ganz fertig war, da hat mich eine Schwester bis auf den Bahnhof gebracht und in den Zug reingelegt. Solche gute Menschen, die haben mir so geholfen! Ich bin ja so froh!“

Es war rührend, wie der alte Mann das immer wieder erzählte. —

Was sagen wir heute zu dieser Geschichte?

Es gefällt uns, daß die Leute sich um den alten Mann gekümmert haben. Und gerade, weil der Mann halb polnisch war, ein bißchen schwerfälliger im Sprechen, — gerade deshalb haben sich sofort Leute gemeldet, die ihm gerne helfen wollten. Das ist schon Menschlichkeit und christliche Nächstenliebe. Das ist der Weg, um Gegensätze zu beseitigen und die Menschen einander näher zu bringen, — ganz egal, ob sie mehr polnisch sprechen oder mehr deutsch, ob sie reich sind oder arm, vornehm oder gering.

Aus menschlichem Gefühl der Zusammengehörigkeit und aus christlichem Empfinden heraus haben wir Oberschlesier uns immer gut vertragen. Dafür könnte jeder aus Beispielen erzählen. Freilich kommt es bei uns vor, daß jemand ver-

astet wird, weil er schlecht polnisch kann und vielleicht zekak und zyljak verwechselt. Ein anderer wird vielleicht ausgelacht, weil er sagt „der Pferd“. Das Auslachen ist nicht in der Ordnung. Meist sind es Schatzkölpe, die das tun, anstatt zu sagen: so und so wird's richtig gesprochen. Diese Schatzkölpe wissen nicht, wie ungeheuer schwer es ist, zwei Sprachen gleichmäßig gut zu sprechen; sie wissen nicht, was ein berühmter Mann gesagt hat: „Jeder Bar brummt nach der Pöhle, wo er geboren ist.“

Aber wie ist es denn, wenn einer aus Görlitz nach Sachsen kommt oder aus Berlin nach Bayern? Da wird er auch gemocht und verulst. Das ist aber noch lange keine Feindschaft.

Zimmerhin — wir Oberschlesier sollten recht vorsichtig sein in diesem Punkte, damit wir niemanden ärgern und abstoßen. Ich habe viele polnisch sprechende Verwandte und ich weiß, sie sprechen ganz gern deutsch, wenn man sie nur in ihrer Art reden läßt. Vor einigen Wochen habe ich auch auf der Eisenbahn zwischen Gleiwitz und Hindenburg einen merkwürdigen Fall erlebt: Die Unterhaltung wurde bloß polnisch geführt; plötzlich fiel eine deutsche Bemerkung, und von da ab wurde bloß deutsch gesprochen. Und so hat man's doch bei uns immer für selbstverständlich gehalten, daß jeder deutsch und polnisch versteht und es spricht, so gut er eben kann. Dabei haben die Menschen ruhig zusammengelebt, und jeder konnte zufrieden sein.

Warum sollte das nicht weiter so bleiben? Warum sollten wir jetzt auf die Gerissenen aus Warschau und aus Krakau hören, die sich sonst niemals um uns gekümmert haben? Wieso können die jetzt auf einmal behaupten, daß wir Oberschlesier uns nicht vertragen und nicht vertragen dürfen? Wir wollen nicht auf diesen Schwindel hören! Wir lassen uns nichts vorreden, denn wir wissen selber am besten, wie es bei uns war. Wir wollen weiter in Frieden leben und uns vertragen wie früher. So wird es am besten sein für uns und für unsere obererschlesische Heimat.

Frau Martha H.

der Interessen der verschiedenen Teilgebiete herbeizuführen, den theoretisch festgelegten Zentralismus der Verwaltung in die Praxis umzusetzen. Es sei nur noch darauf hingewiesen, daß in allen drei Teilgebieten nun schon mehr als ein volles Jahr ganz verschiedene Steuerysteme herrschen, indem im allgemeinen in jedem der drei Gebiete die Steuern der früheren Wuchthaber beibehalten blieben, wobei das Warschauer Gebiet ganz erheblich besser abschneidet als Galizien und Posen.

Trotz alledem Zentralismus ist auch zwischen Großpolen und Kongregpolen eine Zollgrenze bestehen geblieben, wenigstens in dem Sinne, daß alle in Deutschland steuerpflichtigen Waren bei der Einfuhr von Kongregpolen nach Großpolen mit den ehemals deutschen Steuern belegt werden, (z. B. Zigaretten, Spiritus).

Zwei besonders wichtige Regierungsmaßnahmen, die auch nicht zur Erhöhung der gegenseitigen Liebe zwischen Posen und Warschau beigetragen haben, seien zur Abrundung des Bildes noch kurz erwähnt. Das Warschauer Verpflegungsministerium hat nach vielem Hin und Her, um nur einigermaßen Brotgetreide nach Kongregpolen anzulandern, für die letzte Ernte verschiedene Getreidepreise in den drei Teilgebieten festgesetzt. Sie wurden für das Posener Gebiet, das äußerst ungern ausführt, am niedrigsten festgesetzt mit der Begründung, daß dort die Produktionskosten am geringsten seien. Diese Maßnahme ist für polnische wirtschaftliche Verhältnisse typisch: es wurde dadurch einerseits durch eine amtliche Maßnahme zu Massenbeschwerden angereizt, da das Getreide, ins Warschauer Gebiet verschoben, erheblich höhere Preise erzielte — es wurden gleichzeitig diejenigen Landwirte, die die intensivste und beste Wirtschaft hatten, zugunsten der tiefstehenden Wirtschaften im russischpolnischen und galizischen Gebiet mit einer Art „Strafe“ belegt.

Die wenigen Beispiele, die sich beliebig vermehren ließen, machen es verständlich, daß Kongregpolen mit aller Kraft versucht hat, im polnischen Verwaltungssystem den Zentralismus, in der Verfassung des polnischen Staates das Föderativsystem dreier wirtschaft- und verwaltungsautonomer Länder durchzusetzen, womöglich mit eigenen Landtagen. Die ganze Tätigkeit des Posener Obersten Volksrates, der sich u. a. „gegen die Majeneinfuhr von Beamten aus Galizien und Kongregpolen“ aussprach, da „diese den Anforderungen nicht genügen, die man in Posen an Beamte zu stellen gewohnt ist“, war von diesem Gedanken geleitet. Bekannt ist, daß sich in ganz besonderem Maße Korianty für die Autonomie Großpolens eingelegt und einen entsprechenden Autonomieentwurf veröffentlicht hat. Er hat freilich die schärfste Ablehnung aller kongregpolnischen Parteien von rechts bis links damit erfahren, die sich in der Gegnerschaft gegen ein „Königreich Koriantien“ einig waren.

Die Tätigkeit der im Juni 1919 in den polnischen Reichstag eingezogenen Abgeordneten aus Posen war, obgleich sie vielfach keine Anhänger einer reinen Autonomie waren, doch zielbewußt darauf gerichtet, wenigstens eine Sonderstellung für Großpolen zu erlangen, sobald nach der Auflösung des Obersten Volksrates ein mit sehr weiten Kompetenzen versehenes eigenes Ministerium für die ehemals preussischen Gebiete unter Seyda errichtet wurde, das mit seinem Sitz in Posen, seinen zwei Vizepräsidenten und sieben Unterstaatssekretären trotz des Namens „Ministerium“ tatsächlich einem autonomen Verwaltungsapparat zum Verwechseln ähnlich sieht. Freilich ist die Warschauer Politik unentwegt darauf gerichtet, die Befugnisse Seydas einzuschränken und erst leztlich hat der neue Finanzminister Bartel es unter Androhung seines (für den Weiterbestand der Koalitionsregierung gefährlichen) Rücktritts erzwungen, daß die Eisenbahnen im Posener Gebiet in absehbarer Zeit der Verwaltung seines Ministeriums angegliedert werden sollen.

Praktische Bekämpfung des Bolschewismus.

Die Nr. 12 des „Oberjüdeliers“ für 1919 brachte unter der Überschrift „Praktische Bekämpfung des Bolschewismus“ zu der Siedlungsfrage eine Reihe beachtenswerter Vorschläge. Auf diese soll hier, da außer der Beteiligung der Finanz-Kalamität und der Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit die Verbesserung der Wohnungsnot sowie die damit im Zusammenhang stehende Siedlungsangelegenheit besonderes Interesse beanspruchen, nochmals zurückgegriffen werden.

Entsprechend der Wichtigkeit der Siedlungsfrage hatte die provisorische Regierung bereits am 29. Januar 1919 eine Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland erlassen. Die Verordnung ist, nachdem die Nationalversammlung einige Zusätze hinzugefügt hatte, als Reichs-Siedlungsgesetz am 11. August v. J. publiziert worden.

Durch das Reichs-Siedlungsgesetz sind die Bundesstaaten für verpflichtet erklärt, gemeinnützige Siedlungsunternehmen, wo solche nicht bestehen, zu begründen. Den gemeinnützigen Siedlungsunternehmen ist die Befugnis zur Enteignung von Bmland für Siedlungszwecke zugesprochen. Das gemeinnützige Siedlungsunternehmen hat ferner ein Vorkaufsrecht auf die landwirtschaftlichen Grundstücke im Umfange von 25 ha aufzuweisen. Durch das Siedlungsgesetz ist ferner in Anbetracht der Siedlungsfrage, in denen mehr als 13 vom Hundert auf die Güter von 100 und mehr Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche entfällt, die Zusammenfassung der Eigentümer solcher großen Güter zu Landlieferungsverbänden, die mit Reichsfähigkeit ausgestattet sind, angeordnet.

Der Landlieferungsverband hat auf Verlangen des Siedlungsunternehmens Siedlungsland aus dem Bestande der großen Güter zu beschaffen. Ihm steht für das Siedlungsunternehmen das Vorkaufsrecht auf die großen Güter seines Bezirkes und, wo ein dringendes Bedürfnis nach be-

riedlungsfähigem Lande auf andere Weise nicht befriedigt werden kann, ein Enteignungsrecht gegenüber den großen Gütern zu.

Das Siedlungsgesetz, durch welches das Siedlungsunternehmen zur Abnahme des vom Landlieferungsverbande beschafften Grundstückes für verpflichtet erklärt ist, trifft schließlich Bestimmungen über die Beschaffung von Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter und sieht vor, daß in erster Reihe Staatsdomänen dem gemeinnützigen Siedlungsunternehmen zu einem den Ertragswert nicht übersteigenden Preise zum Kauf angeboten sind. Das mehrbezeichnete Gesetz bezieht sich ausschließlich auf die Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungslande, hat vorwiegend agrarpolitische Bedeutung.

Für die in dem eingangsgedachten Aufsatze erwähnten Fälle, in denen es sich vor allem darum handelt, für die oberjüdischen Montanarbeiter Wohngelegenheit und so viel Garten- und Ackerland zur Verfügung zu stellen, als der Arbeiter selbst in seiner freien Zeit oder durch seine Familie zur Erzielung der unentbehrlichen Garten- und Feldfrüchte bestellen kann, wird das Siedlungsgesetz nicht von nennenswerter praktischer Bedeutung sein.

Nach vor dem Inkrafttreten des Siedlungsgesetzes ist am 31. Juli 1919 eine Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung erlassen, welche den Schutz der Kleingartenpächter gegen Übertreibung seitens der Grundstückeigentümer bewirkt. Sie sieht die Festlegung der Pachtpreise für Kleingartenland durch die untere Verwaltungsbehörde, die Un kündbarkeit der Kleingartenpachtverträge, desgleichen ihre Verlängerung bei Pachtabschluss sowie z. B. die Entschädigung von Erbschaften durch das Einzugsgeld vor. Auch dieses Gesetz wird, da die oberjüdische Groß-Industrie sich ohnehin die Vereinfachung von Kleingarten- und Ackerland für ihre Arbeiter angelegen sein ließ, im Verhältnis der Montan-Industrie zu ihrer Arbeiterschaft gleichfalls kaum einige praktische Bedeutung erlangen.

Ob nun durch ein mehrfach gefordertes Heimstätten-gesetz in Kurzem den Eigenheimbesitzungen in umfassender und wirksamer Weise Rechnung getragen werden wird, darüber verlautet bisher nichts Bestimmtes. Doch scheinen bezüglich der Beschaffung von Bergmannswohnungen laut Zeitungsnachrichten gesetzgeberische Maßnahmen im Gange zu sein.

Zu begnügen wäre es, wenn die Montan-Industrie, ohne solche abzuwarten, der im gedachten Aufsatze gegebenen Anregung entsprechend, die Errichtung von Eigenheimföndationen für ihre Arbeiter sich angelegen sein lassen wollte. Sicher darf von der Freude am eignen Heim die Förderung der Volksgesundheit, der Zufriedenheit und Sittlichkeit erwartet, und so in ihr zugleich ein Kampfmittel gegen den Bolschewismus erblickt werden.

Ob das Eigenheim, wie eine Bezeichnung andeutet, zum uneingeschränkten Eigentum oder unter Einräumung des Erbbaurechtes dem Arbeiter überlassen wird, dürfte für diesen nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein. Als unumgänglichster Herr seines Heimes wird er sich in dem einen und dem anderen Falle fühlen, da sein Recht von der Willkür eines anderen unabhängig ist.

Was den Vorschlag der Kostenaufbringung durch amortisierbare Anleihe anbelangt, so hat eine Verwaltung den Weg der Finanzierung mit Hilfe der Rentenbank beschritten. Diese Verwaltung hat schon 1912 einige Einfamilienrentenpächter errichtet. Drei Viertel der Baukosten wurden von der Rentenbank vorgestreckt. In den Restbetrag teilten sich Werk und Arbeiter je zur Hälfte. Der zur 2. Stelle hypothekarisch eingeräumte Anteil des Werks sollte dem Arbeiter geschenkt werden, wenn er das Haus nach zehn Jahren in seinem Besitze haben würde.

Daß die Typisierung der für eine größere Zahl gemeinschaftlich herzustellenden Kleinhäuser benötigten Bestandteile: Türen, Fenster, Ofen usw. die Herstellungskosten wesentlich verbilligt, liegt auf der Hand. Sie ist seitens der Regierung wiederholt empfohlen und wohl auch von den Siedlungsunternehmen ausnahmslos angewendet. Eine gewisse, der Ästhetik Rechnung tragende Abwechslung wird sich dessen ungeachtet erreichen lassen.

In der Nr. 12 der Zeitung für 1919 ist des unsicheren Baugrundes wegen die Benutzung von Betonplatten bei der Fundamentierung empfohlen. Wo es nicht möglich erscheint, die Siedelung auf sicheren Baugrund zu verlegen, mag der Bau auf Betonplatten als ein geeignetes Auskunftsmittel erscheinen. Zu erhoffen ist jedoch, daß die in immer ausgedehnterem Maße vor sich gehende Sicherung der Tagesoberfläche durch den Bergbau die Anwendung besonderer Sicherheitsmaßnahmen gegen das Sinken der Gebäude im Industriebetriebe überhaupt überflüssig machen wird. Erstens: dieser Weise wird die Kohle in immer größerem Umfange unter Anwendung des Spülverjähervfahrens gewonnen. Das der Gewinnung der kostbaren Bodenschätze nicht einfach das Grundeigentum geopfert, hierauf vielmehr seitens des Bergbaus gebührende Rücksicht genommen wird, ist nur recht und billig.

War doch das Eigentum am Grund und Boden früher anerkannt und geschützt als das Recht der Gewinnung von Kohle und Erz durch den Bergbau. So sehr auch anzuerkennen ist, daß das gewaltige Aufblühen Oberjüdeliens dem außerordentlichen Aufschwunge seiner Industrie zu danken ist, so kann doch eine rücksichtslose Nichtbeachtung aller nicht bergbaulichen Interessen durch den Bergbau nicht gebilligt werden. Werden die gewaltigen Bergebahnen restlos für das Spülverjähervfahren verwandt werden, so werden große Flächen fruchtbarer Ackerlandes ihrer eigentlichen Bestimmung wieder zugeführt, und es wird zugleich unter Verminderung der Lebensmittelpreise der Verunstaltung der Landschaft ein Ende gemacht werden. Wird

das Spülverjähervfahren immer mehr angewandt, dann wird die Schaffung von Bmland durch den Bergbau in Zukunft vermindert werden, und es wird hinreichend Siedlungs-gelände zur Verfügung stehen. G. F.

Das brennendste Problem unserer Finanzwirtschaft und dessen Lösung durch Herrn Dr. Adamiech, Breslau.

In Nr. 3 des „Oberjüdeliers“ bezeichnet Herr Dr. Adamiech die Ordnung unserer Verhältnisse als das brennendste Problem unserer Finanzwirtschaft, worin man ihm nur zustimmen kann. Als einzig gangbarer Weg erscheint ihm die Verwendung von etwa 1/2 des erwarteten Ertrages der einmaligen Vermögensabgabe zur Verringerung des Notenumlaufes. Leider wird aber 1) verschwiegen, wie es zu ermöglichen wäre, den Steuerertrag zur Verringerung des Notenumlaufes zu benutzen und 2) nicht berücksichtigt, daß sowohl der heutige ungeheure Notenumlauf, als auch der so überaus tiefe Stand unserer Währung nicht Dinge sind, die für sich allein entständen, sondern nur äußere Erscheinungen der inneren Zerrüttung unseres volkswirtschaftlichen Betriebes sind. Sie können daher auch nie durch äußerliche Maßnahmen, sondern nur durch innere Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse gebessert werden. Daher halte ich es für angebracht, diese beiden Punkte näher zu erörtern.

Wie zur Erreichung aller Ziele kann der Staat zwecks Verringerung des Notenumlaufes drei Wege beschreiten. Erstens den der Zwangsmaßnahmen, zweitens den des Aufrufes an die Vaterlandsliebe und Opfertreue der einzelnen Staatsbürger und schließlich den der Gewährung von Vorteilen bei Einschränkung des Notengebrauches.

Die Zwangsmaßnahmen wie Notenabstempelung und Sperrung werden nicht zum gewünschten Ziele führen. Eine Begründung für diese Behauptung kann ich mir hier ersparen, da ja Herr Dr. Adamiech derselben Ansicht ist.

Für die freiwillige Einschränkung des Notengebrauches ist in Rede und Schrift bereits viel getan worden, daß ich mir von weiteren Maßnahmen dieser Art keinen irgendwie beträchtlichen Erfolg versprechen kann.

bleibt noch die Gewährung von Vorteilen. Ideelle Vorteile, wie Orden, Titel und ähnliche Dinge ziehen heute nicht mehr und sind außerdem in der Republik verpönt. Materieller Vorteile könnten einschlagen, wenn diese genügend groß sein würden. Aber sie bestehen bereits. Herr Dr. Adamiech selbst erwähnt, daß vielen die Verringerung des Notenumlaufes bei der Unmöglichkeit der Noten nicht eilig ist. Da die Noten vom Reichsbank verzinst werden, hat es durch ihren Umlauf den Vorteil der Zinsersparnis, der Einzelne hingegen hat durch den Gebrauch der Noten einen entsprechenden Zinsverlust und bei bargeldlosem Zahlungsverkehr den unbestreitbaren Vorteil des Zinsgusses in Höhe des jeweiligen Bankdiskonts. Schon seit mehreren Jahren vor dem Kriege hat man versucht, diese Tatsache zu benutzen, um ein übermäßiges Anschwellen des Notenumlaufes zu verhindern. So wie der Notenumlauf eine gewisse Höhe übersteigt, muß für die diskontierte Summe überfälligen Noten eine hohe Steuer entrichtet werden. Dadurch soll die Reichsbank gezwungen werden, ihren Diskont heraufzusetzen, die Privatbanken folgen ja bald nach. Dieses Gesetz hat jedoch wesentliche Erfolge nie erzielt. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten haben sich auch schon im Frieden als stärker erwiesen.

Man könnte ja 1/2 des Ertrages der Vermögensabgabe zu Erhöhungen des Bankdiskonts, zu Zuschlägen bei bargeldlosen Auszahlungen des Staates und zu Nachlässen bei bargeldlosen Zahlungen an den Staat verwenden. Je nach der Größe der so gewährten Vorteile wird sich der Notenumlauf profillos verringern. Ich glaube jedoch nicht, daß eine so erzielte Verringerung einen großen Umfang annehmen könne. Doch gelte der Fall, es würden diese Maßnahmen getroffen und hätten auch den von Herrn Dr. Adamiech gewünschten Erfolg. Was wäre gewonnen? Der Notenumlauf wäre wie gewünscht verringert, mit diesem natürlich auch die Kaufkraft der Noten. Aber anstelle der Kaufkraft der Noten würde dann die Kaufkraft der Guthaben treten, man wird nicht mehr mit den bekannten Scheinen, sondern mit Schecks kaufen; im Grunde wäre nichts gebessert. So sogar das Gegenteil träte ein, denn die so gewährten Vorteile für Nichtbenutzung der Noten würden zu der jetzigen Kaufkraft noch hinzukommen, und das wären nach dem Vorschlage des Herrn Dr. Adamiech 40 000 000 000, fast 40 Milliarden Mark. Anstatt 11 auf die Waage zu stellen, hätte man es in die Waagen geschüttelt!

Denn, und damit komme ich zu dem zweiten Teil meiner Erörterung, Herr Dr. Adamiech verkennt vollkommen den ursächlichen Zusammenhang der Dinge. Der Tiefstand unserer Währung ist nicht eine Folge der Notenüberschwemmung, sondern diese beiden Erscheinungen sind Folgen unserer volkswirtschaftlichen Lage.

Der Krieg hat ungeheure Mengen wirtschaftlicher Güter zerstört und verbraucht, sowie die Ergänzung durch Neuerzeugung sehr stark beschränkt und uns außerdem noch von fast jeder Zufuhr abgeschnitten. Dazu kommen noch die ungeheuren Verpflichtungen, die uns der Waffenstillstand und der Friedensvertrag auferlegt haben. Dadurch sind wir arm geworden, bettelarm. Eine künstliche Verringerung des Notenumlaufes kann daran auch nicht ein Not ändern. Wir müssen uns dieser Armut anpassen. Möglichst viel Güter erzeugen und möglichst wenig Güter verbrauchen, das sei die Lösung. Unserer Armut entsprechend müssen wir uns in allem, aber auch allem, auf das Äußerste einschränken, und um diese Armut zu überwinden, müssen wir vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf das angepönnteste arbeiten. Nur so kann unsere volkswirtschaftliche Lage gehoben werden; die Währung folgt dann von selbst. Tun wir das nicht, dann gehen wir zu Grunde.

Das ist der Weg, den das deutsche Volk nach meinem Dafürhalten einschlagen muß, und ich hoffe, daß Herr Dr. Adamiech mir auf diesem Wege folgen wird.

Anton H. Reimer

Künftige Preispolitik.

Von Dr. Adamich, Breslau.

In den Ländern mit intakter Währung ist der Markwert bodenlos gesunken. Der Dollar wird bei uns mit 1050 %, der japanische Yen mit 1105 %, die spanische Peseta mit 1035 %, der Schweizer Franken und der holländische Gulden mit 980 % über Parität bewertet.

Den einzigen Trost bieten nur die Währungen unser östlichen Nachbarn. Die polnische Mark hat kaum noch den halben, die Wiener Krone den viertel und die ungarische Krone den Drittel Wert der deutschen Reichsmark!

Die Entwertung der deutschen Mark im Inlande entspricht nicht ganz der Baluaentwertung, immerhin besitzt die deutsche Mark im Inlande kaum mehr als den 8. Teil ihres früheren Wertes.

Es fragt sich nun, kann die deutsche Mark wieder auf den alten Wert zurückgebracht werden, d. h. gibt es Mittel und Wege, zu erreichen, daß man für das englische Pfund Sterling wie früher 20,43 Mark statt 188 Mark zahlen wird?

Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, was man für die Entwertung des Geldes im In- und Auslande verantwortlich macht.

Wir stehen nicht auf dem extremen Standpunkt von Lansburgh und Cassel, die Noteninflation allein für die Geldentwertung verantwortlich machen zu wollen. Hierauf näher eingegangen, würde uns in diesem Zusammenhang zu weit führen. Nur auf eins wollen wir hinweisen: selbst in England haben wir seit Beginn des Krieges eine Verdreifachung der Preise erlebt. Die Notenausgabe aber spielt in England selbst bei Berücksichtigung der Currency Notes eine ganz unbedeutende Rolle. Können wir also den genannten Autoren nicht völlig beipflichten, so halten wir doch den Standpunkt der Nominalisten für gänzlich verfehlt. Die ungünstige Handels- und Zahlungsbilanz trägt nicht die Schuld an der heutigen Geldentwertung. In der Mitte scheint uns das Richtige zu liegen. Noteninflation und Zahlungsbilanz zusammen sind für die Geldentwertung verantwortlich zu machen.

Für jemand, der auf dem Standpunkt von Lansburgh steht, wäre, wenigstens theoretisch betrachtet, die Minderentwertung zur alten Friedensparität nicht so schwer. Man brauchte ja nur die Ursache der Geldentwertung, den angeschwollenen Notenumlauf, auf das normale Maß wieder zurückzuführen. Dabei wäre gar nicht nötig, daß wir den Notenumlauf auf 2,2 Milliarden wieder herabsetzen, wie das vor dem Kriege der Fall gewesen ist. Schon mit Rücksicht auf die umfangreichen Notensicherheitsanordnungen, die wenigstens solange, als sie in Kisten und Kästen liegen, keine zufällige Kaufkraft bedeuten, würde die Rückziehung eines Teiles der Noten aus dem Verkehr genügen, normale Währungsverhältnisse wieder herbeizuführen. Die Vermögensabgabe würde diese Geldpolitik sehr erleichtern.

Die Nominalisten legen den Hauptwert auf die Herabsetzung normaler Handelsverhältnisse. Import und Export müssen wieder miteinander in Einklang gebracht werden.

Wir haben oben sowohl die Noteninflation als auch die ungünstige Zahlungsbilanz für die Geldentwertung verantwortlich gemacht. Wollen wir also wieder normale Währungsverhältnisse haben, dann müssen Geldpolitik und Handelspolitik zusammen arbeiten.

Unsere Handelsverhältnisse liegen zur Zeit sehr ungünstig. Wir haben in der letzten Zeit allmonatlich für etwa 2 Milliarden

den Mark Waren eingeführt und nur für 1 Milliarden Waren ausgeführt. Ungünstige Wechselkurse mußten die notwendige Folge hiervon sein. Nun ist keine Frage, daß das Verhältnis von Import und Export erheblich günstiger sein könnte. Und wir zweifeln auch nicht, daß bei Berücksichtigung der Gemüter die Verhältnisse sich günstiger entwickeln werden. Wird erst wieder einmal gearbeitet werden, dann wird der Export steigen. Wegen des Abzuges der Waren brauchen wir uns keinen Kummer zu machen. Die ganze Welt jährt nach deutschen Waren. Der überflüssige Import wird sinken, wenn erst einmal die neuen Steuergeetze in Kraft getreten sein werden. Trotzdem wollen wir uns über die Gestaltung der Handels- und Zahlungsbilanz für die nächsten Jahre keinen Illusionen hingeben. Nach dem Raubbau, der 5 Jahre lang in Deutschland getrieben worden ist, wird unsere Zahlungsbilanz fürs nächste Jahr ungünstig bleiben müssen, zumal wir über bedeutende Rückposten wie Handelsflotte, Auslandsvermögen, heute nicht mehr verfügen. In der nächsten Zukunft werden wir viel, viel mehr Rohstoffe und Waren bei uns einführen müssen als wir ausführen imstande sind. Also, wenn die Dinge demütlich auch nicht ganz so ungünstig liegen werden als es gerade gegenwärtig der Fall ist, so dürfen wir auf eine normale Handels- und Zahlungsbilanz doch vorläufig nicht rechnen, d. h. es ist nicht anzunehmen, daß sich die Wechselkurse auf die alte Parität zurückentwickeln werden.

Die Verringerung des Notenumlaufes würde viel zusätzliche Kaufkraft verschwinden lassen. Die Inlandspreise würden sicherlich stark sinken. Die Baluta würde hierdurch beeinflusst werden, insofern das Sinken der Inlandspreise die Handels- und Zahlungsbilanz beeinflussen müßte. Es würden also wieder normale Währungsverhältnisse eintreten. Es fragt sich nun, ob eine derartige Entwicklung wünschenswert wäre. Um die Antwort vorweg zu nehmen, erklären wir ein entschiedenes Nein. Aus verschiedensten Gründen verträgt unser Wirtschaftsleben ein solches Experiment nicht.

Erwägen wir zunächst das fiskalische Interesse. Wie ungefähr auch die anderen kriegführenden Großmächte, ist Deutschland aus dem Kriege mit einer Schuldenlast von 200 Milliarden hervorgegangen. Diese 200 Milliarden sind eine feststehende Größe, gleichgültig wie sich der Wert der deutschen Mark entwickeln wird. Würde nur die deutsche Mark auch nur annähernd den alten Wert wiedergewinnen, dann hätte das Reich die größten Schwierigkeiten, diese Last zu verzinsen. Der Staat würde dann nur schwer seinen Verpflichtungen nachkommen können. Unmöglich könnten wir eine Steuerlast von 25—30 Milliarden jährlich tragen. Bei der Entwertung des Geldes aber, wie wir sie gegenwärtig haben, wird die Aufbringung dieser Steuerlast nicht allzu schwer sein. Das Nationaleinkommen wird sich eben nicht auf etwa 40 Milliarden belaufen wie es vor dem Kriege geschätzt wurde, sondern vielleicht auf 150 Milliarden, wovon eine Steuerlast von 30 Milliarden immerhin ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil ist. Beherzigen wir weiter die Lage der Privaten: Durch die Geldentwertung im Laufe des Krieges sind außer Rentnern, Beamten, vor allem die Gläubiger aus der Vorkriegszeit hart betroffen worden. Sie haben gutes Geld ausgegeben und erhalten jetzt schlechtes Geld zurück. Würde nun die Mark den alten Wert wiedergewinnen, dann würde das umgekehrte eintreten: Der Schuldner, welcher im Kriege schlechtes Geld geliehen hat, müßte, wenn er dazu überhaupt imstande wäre, später seinen Gläubiger mit gutem Gelde befriedigen. Ist durch die Entwicklung im Kriege der wirtschaftlich Stärkere, der Gläubiger, getroffen worden, so würde bei einer Rückentwicklung der wirtschaftlich Schwächere, der Schuldner, die Bege begreifen. Schließlich glaubt jemand, daß es ohne schwerste wirtschaftliche Kämpfe möglich sein wird, die

gestiegenen Löhne wieder herabzusetzen, wenn die Mark wieder allmählich die alte Kaufkraft erlangen sollte.

Unsere Ausführungen zeigen, daß die Rückentwicklung der Mark auf ihren alten Wert schwer möglich ist, ja nicht einmal als wünschenswert erscheint. Nachdem nun einmal die Mark so sehr entwertet ist, ist es am besten, es bleibt, vorläufig wenigstens, bei dem gegenwärtigen Zustande. Es ist daher nicht anzunehmen, daß in den nächsten Jahren der Geldwert wesentlich steigen wird. Berücksichtigen wir, daß einmal die Zwangswirtschaft aufgehoben werden muß, dann ist sogar zu erwarten, daß nach Aufhebung der künstlichen Preisniederhaltung sich die Preise allmählich den viel höheren Weltmarktpreisen anpassen werden.

Die sogenannte Verständigung.

Unter der Überschrift: „Bemerkung eines oberösterreichischen Arbeiters zur sogenannten Verständigung“ nimmt „ein polnischer Metallarbeiter“ in Nr. 11 (Jahrgang 1919) des „Oberösterreichers“ Bezug auf einen in dieser Zeitung erschienenen Aufsatz über oberösterreichische Kultur, und zwar tut er das in einer Art, die eine Erwiderung fordert. „Im Schmelze meines Angehies“ habe ich niemals in meinem Aufsatze gemeint, daß die Kultur Oberösterreichs dieselbe ist wie die des übrigen Schlesiens, aber grundverschieden von derjenigen Polens, vielmehr ergab sich dieser Schluß aus der rein objektiven Betrachtung der einzelnen Kulturerscheinungen der oberösterreichischen Gegenwart und ihrer Zusammenhänge mit der Gegenwart. Denn nur das historisch Gewordene ist wert festgehalten zu werden, wibernatürlich Aufgepfropft hat keine Daseinsberechtigung und führt notwendigerweise zur Zerstörung.

Darin allerdings ist dem Herrn Verfasser zuzustimmen: eine Sage wird nicht dadurch Wahrheit, daß sie immer wiederholt wird. Aber diese Erkenntnis gehört zur elementaren Ausübung menschlichen Denkfähigkeit und es bedarf nicht erst langer Übung und Erkennung „selbständigen Denkens“ — wie der Herr Verfasser meint — um sie gewinnen.

Der Herr Verfasser ist der Ansicht, daß die idealen Forderungen, die die polnisch-sprechenden Bewohner Oberösterreichs stellen, unter der preussischen Regierung nicht erfüllt werden und daß man deshalb den Anspruch an Polen erstreben müsse, wo man um die Erfüllung dieser Forderungen nicht zu betteln brauche. — Es ist erfreulich, daß hier ein Arbeiter einmal ausdrücklich den bis zum Überdruß breitgetretenen wirtschaftlichen Standpunkt aufgerichtet läßt, seine widerwärtige Prinzip: ubi bene, ibi patria, nach dem das Vaterlandsgefühl proportional ist dem wirtschaftlichen Wohlergehen, sondern daß hier bewußt die ideale Seite betont wird. Wenn sich der Herr Verfasser aber nun auch wenigstens klar wäre über seine „heiligen Gefühle!“ Er versteht unter ihnen: Katholischen Glauben und polnische Sprache. Die Pflege dieser Ideale stellt ihm eine viel höhere Kultur dar, als die Kultur „der guten Straßen, schönen Anzuges, großen Fabriken, ausgebreiteten Bahnen“. Dies letztere ist Kultur, die reich macht, während er eine Kultur wolle, die glücklich mache. Abgesehen davon, daß niemand ausgebreitete Bahnen, gute Straßen u. dergl. zu den Erscheinungen einer mehr oder weniger hohen Kultur rechnet, zeugt die ganze Fragestellung: Kultur, die reich macht und solche, die glücklich macht, von einem allerdings sehr „selbständigen Denken“ des Herrn Verfassers. Es scheint eine Verneinung von Kultur und Zivilisation vorzuliegen und zwar mit den Gebieten der Zivilisation, die vorwiegend in Oberösterreich in Erscheinung treten: Großindustrie, Verkehr, Bergbau u. dergl. Diese Dinge fördern allerdings den Reichtum, — nicht nur den der Unternehmer! — heute freilich nicht mehr in demselben Sinne (ob das ein Schade für alle sei, gehört nicht hierher) und ob sie unter polnischer Regierung den Reichtum der jetzt noch preussischen Provinz Oberösterreich fördern werden, ist mir bei

Wo bleibt das Silbergeld?

Betrachtet man heute die Währungsverhältnisse der Länder mit Goldwährung, so zeigt sich beinahe bei allen europäischen Staaten, die am Kriege teilgenommen haben, die auffallende Erscheinung, daß sich der interne Zahlungsverkehr fast ausnahmslos ohne Metallgeld vollzieht. Beim Goldmetall ist diese Erscheinung ohne weiteres erklärlich, weil die Zentralnotenbanken, die den Geldverkehr regulieren, von der Verpflichtung entbunden worden sind, ihre Noten in Gold einzulösen. Das Gold gilt heute als Zahlungsmittel nur noch, um im internationalen Verrechnungsverkehr im Interesse der Verbesserung der sich verschlechternden Baluten verwendet zu werden. Wo aber bleibt das Silbergeld? Daß auch dieses aus dem Verkehr verschwunden, ist umso auffallender, als noch Silber „unwertig“ ausgeprägt worden ist, d. h. der Silberwertgehalt einer Silbermünze ist aus währungspolitischen Gründen niedriger gehalten worden als der auf der Münze abgestempelte Gelbbetrag. So hatte z. B. die Mark bei ihrer erstmaligen Prägung 1873 nur einen Wert von 86 Pfg., der infolge der allgemeinen Silberentwertung vor dem Kriege bis auf ca. 36 Pfg. gesunken ist. Es wäre damals sicherlich niemandem eingefallen, Silbergeld im internationalen Zahlungsverkehr in größeren Mengen zu benutzen.

Welches waren nun die Gründe, die das Silbergeld aus dem Verkehr zogen? In Deutschland ist ein Teil des früher im Umlauf befindlichen Silbergeldes sicherlich von vorrichtigen Leuten gesammelt und in den Strumpf gesteckt worden. Sie wollten sich für alle Fälle sichern. Ein weiterer Teil des Silbergeldes ist aber von der Reichsbank systematisch aufgekauft worden. Bekanntlich sind die Notenbanken verpflichtet, für den Betrag ihrer umlaufenden Banknoten jederzeit mindestens $\frac{1}{2}$ in „kursfähigem deutschen Gelde, Reichsschatenscheinen oder Gold in Barren“ vorrätig zu halten. Zum kursfähigen deutschen Gelde gehören selbstverständlich auch deutsche Silbermünzen. Je mehr Silbergeld die Reichsbank also an sich zog, desto besser gestaltete sich das Deckungsverhältnis der Noten und desto mehr Noten konnten also in Umlauf gesetzt werden. Schon allein das ständige Ansteigen des Notenumlaufes ließ eine dauernde Nachfrage nach Silbergeld von seiten der Zentralnotenbank entstehen.

Diese Thesaurierungs- und Samstertpolitik der Reichsbank und der besonders Vorrichtungen wurde durch 2 weitere

Erscheinungen unterstützt. Die Verschlechterung der deutschen Baluta und die Preissteigerung des Standard-Silbers auf dem Weltmarkte. Selbst wenn das letzte Moment, die Silberpreissteigerung, nicht eingetreten wäre, hätte der katastrophale Sturz der deutschen Baluta allein genügt, das in Deutschland zirkulierende Silber ins Ausland zu bringen. In dem Augenblick, in dem die deutsche Währung unter den Wert des Silbergehalts der Münzen fiel, war die Ausfuhr von Silbergeld eine lohnende, wenn gleich strafbare Transaktion. Tatsächlich ist aber nicht nur die Baluta gefallen, sondern auch der Silberpreis so enorm gestiegen, daß die Silbermark heute ungefähr das fünffache ihres Wertes in Papiermark oder das 14fache ihres Vorkriegspreises gilt.

In Frankreich hat sich eine ähnliche Entwicklung vollzogen. Auch da setzte eine Silbermarkerei ein, sobald der Bedarf nach kleiner Scheidemünze durch Kleinbanknoten, deren Umlaufsbereich auf den jeweiligen Handelskanmerbezirk beschränkt wurde, befriedigt werden mußte. Frankreich, das heute die Früchte „heines“ Sieges auf allen Gebieten reifen sehen müßte, ist heute fast vollständig von jedem Silberumlauf entblößt, ganz davon abgesehen, daß seine Finanzlage nicht viel besser als die untrübe ist. Auch in diesem Lande wäre — selbst ohne die eingetretene Silberpreissteigerung — ein Abfließen seines Silbergeldes nicht zu verhindern gewesen. Seine Mitgliedschaft an der lateinischen Münzunion hätte diese schon veranlaßt. Die Glieder der lateinischen Münzunion, Frankreich, Belgien, Schweiz, Italien, kamen 1865 überein, ihre — unterwertigen — Silbermünzen gegenseitig ohne weiteres in Zahlung zu nehmen. In dem Augenblick, in dem die französische Baluta erheblich sank, verschwand der französische Silberfranken automatisch aus dem französischen Zahlungsverkehr. Wenn der französische Papierfranken in der Schweiz z. B. nur 80 Centimes galt, so hatte jeder französische Schuldner das Bestreben, seine Schulden in der Schweiz in Silberfranken zu bezahlen, da diese auf Grund der lateinischen Münzunion effektiv mit einem Franken, also 100 Centimes, in Zahlung genommen wurden. Der französische Silberfranken gilt heute in der Schweiz beinahe das Doppelte des Papierfranken. Kein Wunder, daß in Frankreich kein Silbergeld mehr im Umlauf zu sehen ist.

Aber auch England befindet sich seit kurzer Zeit, heute, ein Jahr nach abgeschlossenem Waffenstillstand, in einer Silbergeldkrise. Diese ist aber nicht auf eine Währungs-

verflechtung zurückzuführen, wenigstens nicht die englische Währung nur noch 85 % ihres Friedenswertes gilt. Die Ursache der englischen Silbergeldkrise liegt in der andauernden Steigerung des Silberpreises. Als erstes Land ging England 1816 endgültig zur reinen Goldwährung über. Das als Scheidemünze zur Ergänzung des Goldgeldes ausgeprägte Silbergeld war aber nicht unterwerflich ausgeprägt worden; der Wert des Feinsilbers einer solchen Münze war absichtlich geringer geworden, damit nicht etwa ein vorübergehendes leichtes Anziehen des Silberpreises dazu verführt hätte, die Silbermünzen einzuschmelzen und als Barrensilber zu verkaufen. Die Spanne der „Unterwertigkeit“ der Silbermünzen war verhältnismäßig niedrig gehalten worden; aber sie hatte stets genügt. Ja, nach der Silber-Panik, die 1873 einsetzte, als nach dem Beispiel Deutschlands die meisten europäischen Staaten zur Goldwährung übergingen, sank der Preis des Silbergeldes um das 2½fache. Erst als unter dem Einfluß des Krieges die Weltproduktion an Silber zurückging, und die Nachfrage nach Silber von Seiten Indiens und Chinas stieg, gelangte der Silberpreis dieser Lage vorübergehend auf 66½ Pence pro Unze. Bei einem solchen Silberpreis ist aber tatsächlich der Wert des Silbergehalts der englischen Silbermünzen höher als der ausgeprägte Gelbbetrag. Die Folge wird sein, daß auch in England die Silbermünzen ganz aus dem Verkehr verschwinden; sie werden eingeschmolzen und als Barrensilber exportiert werden.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Silbergeld erst dann wieder Zahlungsmittel sein wird, wenn die Entwertung des Geldes ein Abfließen von Silbermünzen nicht mehr gewinnbringend macht. Diese Voraussetzung bedingt also einerseits ein Ansteigen der Baluten, andererseits ein Sinken des Silberpreises. Das letztere wird der Fall sein, wenn die amerikanische Silberproduktion — Friedensumstellung — steigen wird und wenn die Hauptnachfrageländer nach Silber, China und Indien, infolge einer allgemeinen Steigerung der Güterproduktion in Europa für ihre auszuführenden Rohstoffe statt Silber, Fertigfabrikate einführen können.

Julius Jacell.

Die britische Arbeiterbewegung.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die britische Arbeiterbewegung heute vollkommen, wirtschaftlich betrachtet, in die Bahnen einer systematisch geleiteten Revolution

der geringwertigkeit der Zivilisation der übrigen polnischen Gebiete durchaus kein Problem werden. Obereschlesien wird die berühmte Kuh für Polen werden. Von einer „Kultur“, die reich macht, im äußersten Sinne reich macht, kann man überhaupt nicht sprechen. Eine Kultur hat man auch nicht, wie man z. B. seinen Wochenlohn hat oder seine Zimmermöbel, das Wesen der Kultur liegt auf ganz anderem Gebiete. Man erkennt sie auch nicht daran, daß sie „glücklich macht“ — diese ganze Fragestellung reicht garnicht an den Begriff heran. Vielmehr ist Kultur eine in der Geschichte fortwirkende und damit auch in der Gegenwart wirksame Macht des Geistes, des Innenlebens eines Volkes, und insofern hat der Herr Verfasser recht seine beiden Ideale, katolisches Christentum und polnische Sprache zu den Kulturgütern, die für ihn wertvoll sind, zu rechnen. Der Herr Verfasser wird aber zugeben, daß es daneben noch sehr viel andere Kulturgüter gibt, beispielsweise Kunst, Wissenschaft, Literatur; er wird auch zugeben, daß ein Protestant, der z. B. einer altangehörten obereschlesischen Familie entstammt, protestantisches Christentum zu seinen Kulturgütern nicht zählen müssen; denn dem Herrn Verfasser dürfte doch bekannt sein, daß in Obereschlesien erst seit dem 30 jährigen Kriege das katholische Bekenntnis überwog, daß also auch Protestanten hier historische Bekenntnisberechtigung haben. Ebenso ist es mit der polnischen Sprache, wie ich in meinem Aufsatz auszuweisen mir erlaube, — ganz abgesehen davon, daß sie ein stiel mit deutschen Bestandteilen durchsetzt und von deutscher Syntax beeinflusster polnischer Dialekt ist. Man wird also ebenfogut die deutsche Sprache und protestantisches Christentum zu den Kulturgütern obereschlesischer Bevölkerung rechnen müssen. Die Aufgabe der Regierung wird sein, beide Strömungen — polnisch-katholisch und deutsch-protestantisch, — womit aber bei weitem noch nicht die richtige Formel gefunden ist, denn nirgendes bedt sich die Konfession gänzlich mit einer der beiden Sprachen! — gerade gegeneinander abzuwägen und beide zu fördern, daneben aber auch die andern Kulturgebiete, Wissenschaft, Kunst usw. nicht zu vernachlässigen, vielmehr ihnen auf dem durch die Geschichte gewiesenen Weg weiter zur Entwicklung zu verhelfen. Diese Kultur ist freilich nicht die des polnischen Volkes jenseits unserer Grenzen und der Herr Verfasser würde ihre Unterdrückung die unter polnischer Herrschaft naturgemäß sofort eintrete, recht unangenehm empfinden.

Das Recht des Staatsbürgers auf eigne religiöse Überzeugung ist in Schlesien seit Friedrich dem Großen, d. h. seit Schlesien zum Staat der protestantischen Hohenpöhlen gehörte, nicht beschnitten worden! Aber was erzählen die vielen aus dem polnischen Staat seit Ende 1918 ausgewiesenen Geistl., Eisenbahn-, Postbeamten und die vielen andern ihres Protestantismus wegen Vertriebenen? Für die Freiheit der religiösen Überzeugung ist es auch gleichgültig, ob der Oberpräsident einer Provinz protestantisch oder katholisch ist; wir leben heute nicht mehr in einer Zeit, die Politik und Konfession nicht mehr zu trennen weiß, und wer trotzdem behauptet, das Glaubensbekenntnis eines Staatsbürgers müsse sich nach dem Mehrzahl der Bewohner seines Gebietes richten, zeigt nur, daß er noch tief in alten, grobe von der Arbeiterschaft längst überwundenen Anschauungen steckt.

Was die polnische Sprache anbetrifft, so gibt der Herr Verfasser selbst an, daß die preussische Regierung ihr heute schon durch die Volksschule Förderung angedeihen läßt. Daß nicht alles schon so hervorragend sich darstellt, wie der Herr Verfasser von seinem Standpunkt aus mit Recht erwartet, ist kein Wunder. Auch das polnische Lehrerseminar wird kommen, — freilich damit auch die Zurückdrängung des obereschlesisch-polnischen Dialekts, und die polnisch-sprechenden Obereschlesier werden eine schwere Befähigungsprobe bestehen müssen: sie werden auf ihre „Muttersprache“ als etwas minderwertiges herabzusehen lernen müssen! Ich wenigstens sehe keine andere Möglichkeit. Darüber wird sich wohl aber auch der Herr Verfasser nicht

bewegung himüber gelitten ist. Wohl verstanden handelt es sich hier eben nicht um bolschewistische Tendenzen, sondern um die im Wege des Zwanges Schritt um Schritt gewonnene wirtschaftliche Machtstellung des Proletariats, die sich eben in einem Maße ausgedehnt hat, daß die erlangten Erfolge revolutionierend wirken. Nie Geglücktes wird erreicht; der revolutionäre Charakter der Bewegung äußert sich auch darin, daß die Regierung gezwungen ist, Maßnahmen, die den von Staatswegen bisher in England besonders geschützten Kapitalismus äußerst gefährden, selbst mit herbeiführen zu helfen. Wie die deutsche aus der Revolution hervorgegangene Regierung das Programm der Revolution durchführt, so leitet die britische nicht revolutionäre Regierung das wirtschaftlich revolutionierende Programm der britischen Arbeiterführer mit einer höflichen Geste zu seiner Erfüllung.

Eine ganze Reihe von Entfällen sprechen hierfür. Mit Mißbehagen wird in Deutschland das als reines Revolutionsgeheimnis anerkannte Gesetz über Industrieräte behandelt. In Großbritannien finden wir sein Geisteskind in dem sogenannten Whitley-System. Dieses Whitley-System ist nichts als eine Einführung von Industrieräten in einer dreierlei Form, nämlich als National Joint Industrial Councils, als District Industrial Councils und als Work Committees. Die erstere Organisation umfaßt eine Vertretung der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften, beide zu gleichen Teilen vertreten, die District-Räte haben die nämliche Zusammenfügung, beide Organisationen sehen Antauschschüsse für Sonderfragen ein, in denen wieder gleichmächtig Arbeitgeber und Arbeitnehmer berührt sind. Die Work Committees sehen sich aus Vertretern der Arbeiter unter der Leitung des betreffenden Unternehmens zusammen. Die Arbeitgebervertreter wählen einen Vorsitzenden und einen Sekretär, das Unternehmen soll durch den Betriebsdirektor und den kaufmännischen Direktor vertreten sein. Die Sitzungen finden in der regelmäßigen Arbeitszeit statt, ohne das den Arbeitgebervertretern eine Kopfschmerzen eintreten kann. Nicht gelöste Fragen kommen vor den District Council.

Einige Stichproben über das Arbeitsgesetz der einzelnen Räte werden genügen, das System in die richtige Beleuchtung zu setzen. Zu den Aufgaben des Work Committees gehört unter anderem die Festsetzung und die Veränderung der Arbeitsbedingungen in dem betreffenden

Betrieb, daß auch die polnisch-sprechenden Obereschlesier die deutsche Sprache wenigstens werden verstehen müssen, um Anteil an der Kultur ihres Landes zu behalten, denn mit Bekenntnis und polnischer Sprache ist keine Kultur eben nicht erschöpf. Ich sehe nichts, was den Herrn Verfasser hinderte, sich unter solchen Umständen in Obereschlesien „glücklich zu fühlen“. Sollte er das, was er in Preußen sowieso hat, in Polen suchen wollen unter Verzicht auf die andern großen Kulturgebiete, so würde er einen großen Fehler begehen, für den ich ihn, wie viele andre Obereschlesier ebenfalls die daselbe tun wollten, für viel zu intelligent halte.

Obereschlesische Sportnachrichten.

Amisbau.

Der Sport ist nun einmal auf die Witterungsverhältnisse angewiesen und mußte sich am vergangenen Sonntag wieder einmal mit dessen Unannehmlichkeiten abfinden. In solchen Fällen ist es schon im Interesse des Sportes doch zweckmäßig, die Spiele glatt ausfallen zu lassen und lieber zu warten, daß man Wasserball auch wirklich im Wasser und nicht auf dem Fußballplatz spielt. An den meisten Orten hatte man diese Meinung und ließ, was auch sehr richtig ist, die angelegten Spiele einfach ausfallen. Dort, wo sie trotzdem ausgetragen wurden, erregten sie sowohl bei den Spielern wie auch bei dem Publikum höchsten Unwillen, ganz abgesehen davon, daß auch gesundheitliche Schädigungen der Spieler leicht möglich sind. Wir warten ja alle auf eine bessere Zeit, warum sollte auch im Sport die Geduld dazu nicht aufzutreiben sein?

Fußball.

Gau Kattowitz. Am vergangenen Sonntage fanden die Verbandsspiele ihre Fortsetzung. Es ist unverständlich, wie die Schiedsrichter bei solchen Platzverhältnissen die Mannschaften antreiben lassen können. Für den Fußballsport ist es keineswegs dienlich, wenn man die Spieler, vor Nase triefend, auf dem Spielfelde rumlaufen sieht. So war es auch am letzten Sonntag, als am Vormittag Salenze 1 gegen Laurahütte H. C. 071 spielte, bei strömenden Regen fielen Salenze mit 2 : 0. Am Nachmittag spielte Preußen gegen Germania I, wobei Preußen, die ohne Foufara, Malik, Holobizki, Paluchinski, Widera, dafür mit Ersch aus der Schuler, resp. II. Mannschaft spielten, mit 4 : 1 unterlag. Die Mannschaft Preußens, die das ganze Spiel mit 10 Mann durchspielte, hielt sich anfangs ganz gut, und konnte mit 1 : 0 führen. Dann machte sich die Überlegenheit Germanias bemerkbar und nachdem diese mit 2 : 1 führten, trat ein Teil der Preußen-Mannschaft, die vor Nase triefte, ab, wodurch der Schiedsrichter gezwungen war, das Spiel vorzeitig abzubrechen, da Preußen nur noch 7 Mann zur Stelle hatte. Hervorzuheben ist der Spieleifer der Germania-Mannschaft, durch welchen diese den Sieg errang, wenn auch der Mittelstürmer durch seinen Übereifer beim Publikum Unwillen erregte.

Sportfreunde I Scharley — Sportfreunde 1919 I

Hohenlinde 2 : 1.

Am 25. Januar standen sich in Hohenlinde die genannten Mannschaften gegenüber. Das schöne Wetter hatte viele Zuschauer herbeigekallt, aber ihnen konnte kein schönes Spiel geboten werden. Der einem Sturzader gleichende Spielplatz strengte die Spieler sehr an. Die Scharleyer haben den Anstoß, müssen aber die Führung bald den Hohenlinde überlassen. Die Scharleyer Verteidigung hat schwer zu arbeiten, macht ihre Sache aber sehr gut. Einige flotte Angriffe

Betriebe, die Festsetzung der Arbeitszeit und die Verteilung der Pausen, die Festsetzung der Lohnzahlung, die Bestimmung von Feiertagen, die Prüfung der Anstellungsbedingungen, die Veranstaltung von Unterhaltungen, die Prüfung der Verbesserung der Arbeitsmethoden. Diese Hinweise dürften wohl genügen. Der District Council hat unter anderem zu seiner Aufgabe die Überwachung von Vorlesungen und Konzerten, die regelmäßige Prüfung der Arbeitszeit, wie der Arbeitslöhne und der Arbeitsbedingungen. Die Festsetzung von Überstunden, der jugendlichen Arbeit und des Schichtsystems. Außer diesen Aufgaben hat das National Joint Industrial Council seinerseits unter anderem die Aufgabe der Prüfung der Produktionsbedingungen, die Schlichtung von Streitigkeiten, Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, Leitung der Aufsicht über die Ausbildung des Nachwuchses und die Pflege der Industrieredaktionen mit der Regierung. Sämtliche Räte haben die Politikierung und die Organisation der Arbeiter zu fördern. So ist es beispielsweise von einzelnen Councils erreicht worden, daß die Vertreter der Gewerkschaften während der Pausen und der Offenszeit in den Fabriken erscheinen, um für die Gewerkschaft zu werben und politische Aufklärungsreden zu halten! Die Staatsbetriebe sind mit dem nämlichen Rätehystem ausgestattet. Die Spitze bildet hier das National Council mit 54 Mitgliedern, zur Hälfte aus Regierungsvertretern und Vertretern der Arbeiter- und Angestellten-Verbände zusammengefaßt. Unterabteilungen sind das Departmental Council und das Departmental Committee.

Des Weiteren ist den Arbeitern eine Anteilnahme an der Verwaltung in nahezu der Form von Selbstverwaltungskörpern gegeben. Die behördlich anerkannte Vertretung wurde durch den Ausbau der Trade Boards, der Gewerbeämter, geschaffen, die bereits 1909 entstanden, heute auf eine ganz andere Basis gestellt worden sind und zwar durch das Reformgesetz von 1918, des Trade Boards Amendment Act. Die Aufgabe der Gewerbeämter besteht in erster Linie darin, Minimallohne einzuführen, welche dem Stande des jeweiligen Aufwandes für die gesamte Lebenshaltung der Arbeiterfamilie entsprechen. Während die Trade Boards zuvor nur für einzelne, besonders gefährdete Gewerbegruppen eingeführt wurden, so für das Konfektionsgewerbe, für die Kleintextilindustrie, die Kartonnagenfabrikation, kurz diejenigen Gewerbegebiete, in denen die Heimarbeit eine breite Rolle spielt, hat heute die Einrichtung auf alle Gewerbe und Industriegruppen übergreifen. Zuvor nur mit

der Scharleyer Stürmerreihe bleiben erfolglos. Die Platzhaltung läßt auf beiden Seiten viel zu wünschen übrig. Kurz vor Halbzeit geht ein abgeprallter Ball zu Gunsten der Sportfreunde Hohenlinde ins Tor. Halbzeit 1 : 0 für Hohenlinde. Nach dem Wechsel genießt die Scharleyer Mannschaft den Vorteil des Windes. Die Sonne hat sich inzwischen versteckt. Jetzt wird meistens vor dem Hohenlinde Tor gespielt, doch die Verteidigung vereitelt jeden Erfolg, auch der gut arbeitende Tormann trägt dazu bei. Nach langen Ringen gelingt es, den Ausgleich zu erzielen. Als ein zweites Tor für Scharley fällt, protestiert der Gegner heftig und bricht 10 Minuten vor Schluß das Spiel ab.

Gau Gleiwitz. Außer einigen Gesellschaftsspielen von untergeordneter Bedeutung fanden der schlechten Platzverhältnisse wegen keine großen Spiele statt.

Gau Ratibor. Auch hier wurden außer einigen Gesellschaftsspielen geringerer Bedeutung nur Trainings unternommen.

Hockey.

Hockey-Propaganda-Spiel in Godel D.-S.

Die A. und B.-Hockey-Mannschaft des Sportvereins Preußen 06 Ratibor hatte sich für den 1. Februar zu einem Hockey-Propagandaspiel nach Godel versammelt. Bei strömenden Regen in Ratibor abgefahren, bei ebenfolchem in Godel angekommen, wurde auch das Spiel trotz der Nässe und Schlüpfrigkeit des Bodens bei Regen ausgetragen. Es gab ein schönes, farbenfrohes Bild und hatte bei Sonnenchein sicher die gewollte Wirkung erzielt. Die A.-Mannschaft spielte in schönen roten Jerseys, die auf der linken Brustseite den Preußenadler haben, während die B.-Mannschaft ebenfalls neue weiße Jerseys mit schwarzem Kragen und Aufschlägen trug. Es gehörte wirklich ungeheuer viel Sportbegeisterung, besonders von Seiten der Damen, dazu, um unter den obwaltenden Umständen überhaupt nur den Spielplan zu betreten. Nachdem sich der Spielführer von allen Mitspielern deren Schwunmmfähigkeit versichert hatte, brachte Herr Eugen Dehner das Sport-Gurra der B.-Mannschaft aus, welches Herr Bafalor der A.-Mannschaft mit einem kräftigen Hockey-Schell beantwortete. Nun begann das Spiel, welches Rechtsanwalt Stroheim-Ratibor leitete, was in diesem Gelände nicht gerade leicht war. Zunächst ist die B.-Mannschaft im Vorteil, aber der Sturm der A.-Mannschaft ist so gut auf dem Posten, daß die Verteidigung und der Tormann trotz aller Angriffe vorläufig nichts zu tun haben. Bald ist die A.-Mannschaft überlegen und trotz des großen Spieleifers der B.-Mannschaft gelingt es ihr, das erste Tor durch Nachschuß zu schießen. Das Spiel geht fort, dauernd greift die A.-Mannschaft an, zähle halt die B.-Mannschaft. Oft entstand ein regelrechter Kampf um den Ball, der sich in eine Pfütze verlaufen hatte und von beiden Gegnern geschlagen werden wollte. Dann ergoß sich jedesmal ein kalter Sprühregen auf die Spielenden, die dessen ungeachtet mit großem Eifer weiterspielten. Nach einem lebhaften Hin und Her gelang es der A.-Mannschaft, zum zweiten Male unhalbar einzulegen. Noch eine Weile mochte das Spiel, dann ist Halbzeit und auf einminütigen Wechsel wurde das Spiel abgebrochen, was den erschienenen Zuschauern, die unter Regengüssen auf einigen trockenen Inseln standen, sehr leid tat und die gute Stimmung und den Humor der Ratiborer Gäste, denen weder Nässe noch Kälte etwas anzuhaben schien, verwunderten. Im Anschluß an das Spiel fand ein bunter Abend statt, der die Godeler Sportfreunde und ihre Gäste noch bis zum grauen Morgen in bester Harmonie vereinte und so die Vereinsfreundschaft aufs neue befestigte.

einem unverbindlichen Vorschlagsrecht ausgestattet, haben die Trade Boards heute das Recht, allgemein Minimalloehöhe, Minimalfrüdlöhne, garantierte Minimalzeitlehne, Überstundenlöhne, Minimalfrage für auf Stücklohn basierte Zeitlehne einzuführen, welche der Arbeitsminister heute mit Gelehes Kraft bestätigen kann. Außerdem stellt man keine Kontrollbeamten an und übt ein Strafrecht aus. Ein Unternehmer, der die Minimallohne nicht einhält, wird mit 20 £ für den Einzelfall bestraft. Dieses System soll nun auch auf den Handel übergreifen. — Die erreichten allgemeinen Lohnerhöhungen zeigen, welchen Einfluß die arbeitenden Massen gewonnen haben. Die einzelnen Räte setzen natürlich ihre Stärke darin, möglichst hohe Löhne für ihre Industriegruppen anzulegen. Außerdem wird die Organisation bis zu der kleinsten Gewerksgruppe hin ausgebaut. Um hiervon ein Bild zu geben, mag man sich vergegenwärtigen, daß beispielsweise allein die Baumwollindustrie in Lancashire in folgenden Gruppen organisiert ist. Es besteht der Vereinigte Bund der Fabrikarbeiter, mit etwa 280 000 Mitgliedern, die Vereinigung der Baumwollspinner mit rund 20 000 Mitgliedern, die Vereinigung der Weber, die Vereinigung der Kreppesträger, der allgemeine Bund der Webstuhlhafter, die Vereinigung der Aufdrückungsarbeiter, die Vereinigung der Textil-Arbeiter, die Vereinigung der Bleicher, die Werftverladevereinigung, und die Werftarbeitervereinigung. Sie alle beraten, fördern und reden mit!

Man erzieht, der industrielle und gewerbliche Produzent ist in England genau noch so wenig Herr im eigenen Hause wie hierzulande. Und die Bewegung ist keineswegs abgeschlossen, sondern befindet sich erst, wie färsich der große Eisenbahnerverband mitteilen ließ, in seinen ersten Anfängen. In welcher ausgeprochenen Weise das englische Proletariat die Verstaatlichung der Bodenschätze und der Verkehrseinrichtungen fordert, ist ja genugsam bekannt. Die Produktionsbedingungen Englands befinden sich infolge der Arbeiterbewegung in einer günstigen Lage. Die Weltkonkurrenzfähigkeit Englands wird durch diese Schwierigkeiten weniger beeinträchtigt. Für die deutsche Industrie ergibt sich hierdurch eine gewisse günstige Lage. Allerdings werden die Wirkungen der britischen Arbeiterforderungen mit entscheidend dafür sein, daß die Weltmarktpreise noch weiterhin einen Abbau unzugänglich bleiben werden, so daß mit einem weiteren Anziehen der Weltmarktpreise gerechnet werden muß.

Familien-Nachrichten.

vom 28. Januar bis 3. Februar 1920.

geburtsanzeigen.

Eine Tochter: dem Ober-Wachmeister Karl Barisch, Or Streßlig; Herrn Alex Lustig, Radzionau; Herrn Georg Bräuer, Beuthen D.-S.; dem Kreistierarzt Dr. Wiemann, Oppeln; dem Bergassessor Richter, Bielichowitz. Ein Sohn: dem Landmesser Ciupla, Tarnowitz; Herrn Jacob Gruschka, Beuthen; dem Ingenieur Teubert, Kattowitz; dem Ingenieur Hanckel, Kattowitz.

Verlobungsanzeigen.

Gertrud Sobel, Gleiwitz — Richard Zuppe, Breslau; Einor Schreiber, Oppeln — Landwirt Konrad Heinze, Wildschütz; Felicitas Koziginski — Wirtschaftsinспектор Herbert Lauer, beide Hindenburg; Else Horowitz — Max Grünberger, beide Baborze; Cäcilie Gottschalk, Koslau — Kaufmann Alois Stabla, Gadow; Helene Engel, Grödnitz D.-S. — Gerichtsassessor Dr. jur. Alfons Nitsch, Breslau; Else Kofelt — Hubert Zonga, beide Hatzberg; Gertrud Schimane — Georg Sowade, beide Tarnowitz; Emmy Wille — Fred Rinfert, beide Beuthen; Gerda Romanek, Kattowitz — Paul Wedel, Schwientochowitz; Trude Kosmol, Balenze — Ign. Stanislaw, Mikulischütz; Agnes Proszke, Kattibor — Herrn. Bogdan, Tilsit i. Pr.; Elisabeth Gomolla, Kosmierka — Bernhard Reinhold, Gadowmühle b. Or. Streßlig; Else Leufowicz, Kattowitz — Philipp Leub, Eichwege (Weg. Kassel).

Chefchlichtungen.

Volte Schlefinger — Rechtsanwalt Dr. Paul Wolff, beide Gleiwitz; Rosalie Kartofsky — Josef Magiera, beide Baborze; Hildegard Eicha — Max Dietrich, beide Gleiwitz; Renate Capelle — Oberlehrer Karl Sommer, beide Gleiwitz; Renchen Denczel — Emanuel Czech, beide Hindenburg; Gabriele Brzyschla — Hauptmann Fred Soffner, beide Neisse; Hebe Richter — Dr. med. Reinhard Laqua, beide Kattibor; Emma Stosch — Viktor Franke, beide Koslau; Kläre Bransich — Karl Muz, beide Beuthen D.-S.

Todesanzeigen.

Szenegmeister Karl Gohlisch, 73 Jahr, Gleiwitz, d. 26. 1.; Frau Gertrud Kowitz, geb. Jahr, 34 Jahr, Hindenburg, d. 27. 1.; Sägewerksbesitzer Paul Gregorczyk, 53 Jahr, Ormontowitz, d. 28. 1.; Berginspektor Theodor Frank, 82 Jahr, Tarnowitz, d. 26. 1.; techn. Sekretär Wilhelm Spallert,

44 Jahr, Tarnowitz, d. 26. 1.; Kassenbeamte Egon Schaffranel, 25 Jahr, Tarnowitz, d. 28. 1.; Garnison-Verwaltungs-Inspektor Fritz Chrosziel, Oppeln, d. 27. 1.; Rektor Josef Hoheisel, 58 Jahr, Baborze, d. 28. 1.; Kutscher Josef Witt, Beuthen, d. 28. 1.; Wajschaufer Ernst Kitzinger, 68 Jahr, Scharley, d. 28. 1.; Apotheker Paul Loebinger, 53 Jahr, Gleiwitz, d. 28. 1.; Verwaltungsbeamte Georg Sadlon, 45 Jahr, Gleiwitz, d. 28. 1.; Schichtmeister Alexander Sgrai, Emmagrube, d. 27. 1.; August Dombrowski, 33 Jahr, Kofberg, d. 28. 1.; Frau Minna Wolff, geb. Haendler, 70 Jahr, Kattowitz, d. 28. 1.; Bergpraktikant Erich Marandel, 21 Jahr, Kattowitz, d. 28. 1.; Frau Else Kammler, geb. Bukowski, 25 Jahr, Hindenburg, d. 27. 1.; Vorzeichner Emald Geller, 26 Jahr, Hindenburg, d. 29. 1.; Maschinenarbeiter Alfred Milotta, 22 Jahr, Baborze II, d. 28. 1.; Gruben-aufseher Fedor Müller, 40 Jahr, Hindenburg, d. 29. 1.; Stadthalter Moritz Grünwald, 80 Jahr, Kattibor, d. 29. 1.; Schuhmachereimer Emanuel Ueberla, 49 Jahr, Kattibor, d. 29. 1.; Hotelier Anton Schwierzowski, 32 Jahr, Königshütte, d. 30. 1.; Frau Albine Schwierzowski, geb. Walowczyk, 32 Jahr, Königshütte, d. 30. 1.; Grubenfeiger Fritz Jahnke, 35 Jahr, Königshütte, d. 29. 1.; Frau Elise Siebert, geb. Fieber, 33 Jahr, Oppeln, d. 28. 1.; Frau Anna Seigwasser, geb. Machate, 51 Jahr, Glumpenau, d. 29. 1.; Schmiedemeister Leopold Wisor, 77 Jahr, Gleiwitz, d. 30. 1.; Oskar Goiny, Kriegesbeschädigter, 27 Jahr, Kattowitz, d. 19. 1.; Frau Oberfeiger Julie Heer, 89 Jahr, Beuthen D.-S., d. 30. 1.; Lokomotivführer Eduard Myrtek, 29 1/2 Jahr, Beuthen D.-S., d. 30. 1.; Marie Schulz, 45 Jahr, Beuthen D.-S., d. 29. 1.; Elektroschmied Viktor Polasek, 30 Jahr, Neu-Adzionau, d. 30. 1.; Agnes Mahnke, 23 Jahr, Kofberg b. Beuthen, d. 29. 1.; I. Komiker Alfred Schumack, Beuthen D.-S., d. 30. 1.; Rechtsanwalt Ernst Schüller, Beuthen, d. 29. 1.; Sebastian Stach, 61 Jahr, Oppeln, d. 29. 1.; Schwibz Richter, 26 Jahr, Oppeln, d. 30. 1.; Lucel Schwand, 21 Jahr, Kattowitz, d. 30. 1.; Klara Brzesniewski, 23 Jahr, Hohenlunde D.-S., d. 30. 1.; Stadtkorrespondent Peter Niebur, 40 Jahr, Beuthen D.-S., d. 30. 1.; Schneidermeister Josef Jurek, 49 Jahr, Kattowitz, d. 30. 1.; Hausmeister Nicolaus Schopper, 78 Jahr, Kattowitz, d. 30. 1.; Frä. Lucie Schwand, 21 Jahr, Kattowitz, d. 30. 1.; Biegeleiseführer Paul Gregorczyk, Ormontowitz, d. 28. 1.; Leopold Wiegorek, 48 Jahr, Kattowitz, d. 30. 1.; Grubenaufseher Paul Geisler, 35 Jahr, Bogusichütz N., d. 30. 1.; Frau Gertrud Wada, geb. Sollorz, 32 1/2 Jahr, Schoppinitz, d. 29. 1.; Frau Hedwig Marcksta, geb.

Brojpa, 35 Jahr, Zdamewitz, d. 30. 1.; Elektriker Wilhelm Weinert, 37 1/2 Jahr, Königshütte, d. 30. 1.; Schlosser Alois Grundziel, 56 Jahr, Chorzow, d. 30. 1.; Frau Johanna Muhl, 61 Jahr, Weizlawitz, d. 30. 1.; Frau Fleischermeister Franziska Turczyk, 53 Jahr, Hindenburg, d. 29. 1.; Paul Jafubich, Hindenburg, d. 30. 1.; Lehrer Martarius Kalkinski, Schwientochowitz, d. 30. 1.; verm. Frau Marie Hunger, geb. Lejchczinski, 68 Jahr, Königshütte, d. 29. 1.; Steiger Fritz Jahnke, Chorzow, d. 29. 1.; Stellvertreter Franz Skandora, Königshütte, d. 29. 1.; Schülerin Edith Jäpiner, 14 Jahr, Königshütte, d. 29. 1.; Frä. Julie Sobel, Chorzow, d. 30. 1.; Disponent Max Rodstawa, Schwientochowitz, d. 28. 1.; Aug. Rogowski, 34 Jahr, Chorzow, d. 29. 1.; Gastwirt Anton Schwierzowski und Frau Albine Schwierzowski, Königshütte, d. 29. 1.; Fedor Singer, 43 Jahr, Fr. Berby, d. 24. 1.; Krankenpfleger Johann Schüller, 35 Jahr, Kattibor, d. 29. 1.; Architekt Gerhard Spommer, 30 Jahr, Koslau, d. 20. 1.; Gend.-Wachmeister Max Chorz, 34 Jahr, Ritschen, d. 29. 1.; Frau Anna Sowade, 59 1/2 Jahr, Kreuzburg D.-S., d. 30. 1.; Frau verm. Zda Brauer, geb. Richter, 59 Jahr, Neisse, d. 31. 1.; Frau verm. Kaufmann Anna Wagner, geb. Gönisch, Neisse, d. 31. 1.; Rittergutsbesitzer Richard Schneider, 55 Jahr, Baude D.-S., d. 30. 1.; Postverm. Kurt Wilde, 51 Jahr, Hohenlohehütte, d. 30. 1.; Max Lejchitz, Kattowitz, d. 30. 1.; Frau Erna Kofe, geb. Moos, 26 1/2 Jahr, Bradegrube, d. 28. 1.; Frä. Marie Kowak, Kattowitz, d. 29. 1.; Ing. Oskar Schmaliich, 35 Jahr, Kattowitz, d. 29. 1.; Berging. Anton Ackermann, 39 Jahr, Kattowitz, d. 1. 2.; Frau Elisabeth Senarzel, geb. Wlod, 32 Jahr, Kattowitz, d. 1. 2.; Fleischer Paul Salama, 34 Jahr, Wirtenthal, d. 31. 1.; Frau Amalie Silbermann, geb. Feig, 83 Jahr, Kattowitz, d. 1. 2.; Probierer Max Matitz, Fleischerlehrgarbe, d. 31. 1.; Frä. Olga Hoffmann, 28 Jahr, Beuthen D.-S., d. 1. 2.; Kaufmann Salomon Meins, 76 Jahr, Königshütte, Breslau, d. 1. 2.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Julius Soika.

Die Antiquariatsbuchhandlung Rudolph Gönisch, Glatz-Preysingstraße 40, Leipzig veröffentlicht jeden einen interessanten Katalog über Literatur und Geschichte von 98 Seiten, Werke aus allen Gebieten der Literatur enthaltend, besonders Bergbau, Bibliographie, Bierbrauerei, Buchhandel, Drama, Kunst, Kunst, Goldschmied, Geisteswissenschaften, Geschichte, Eugenik, Infanterie, Kriegerkunde, Kriminologie, Kulturgeschichte, Kunst, Kunstgeschichte, deutsche und ausländische Literatur, Lexika, Liebesleben, Musik, Pädagogik, Patriotische Dichtung, Philosophie, Sonettensammlung, Sport etc. Der Katalog wird auf Verlangen gratis und franko versandt.

Achtung!

Wir haben in Kattowitz, Glatz Freytagstraße 2 III. eine Zweigstelle des Verlages und der Redaktion unserer Wochenschrift errichtet, von der auch Inserate und Abonnements entgegengenommen werden.

„Der Oberschlesier“
Oppeln, Bismarckstraße Nr. 11.

Die Aufbewahrung von Schmucksachen Wertpapieren Geld geschieht am sichersten und unauffälligsten durch Einmauerschrank mit dem D.R.P. Schloß „NOVUM“
Paul Brattig
Kattowitz O.-S.

Zigarren — Zigaretten — Kautabak
Zigaretten, reine helle Ware von M. 160.— bis M. 250.— p. Mille
Das Beste la orient. Tabak
Hein Ueberle-Zigaretten v. M. 135.— bis M. 175.—
Zigarren aus reinen edlen Tabaken per Mille von M. 850.— an
Kautabak, echt Ventiado, garantiert schimmelfrei
bei Abnahme von 500 Rollen an à R. 105
200 „ „ „ 110
100 „ „ „ 115
Rudolf Peters, Großhandlung für Tabakfabrikate,
Leubnitz-Neuostra. Schillerstr. 6, Fernruf: Dresden 14903.
Zweig Niederlassung: Leipzig, Hardenbergstraße 36, Fernruf 31344.

Die Bücher des obereschlesischen Dichters Alfred Hein
find in schönen Geschenkausgaben im Norddeutschen Verlag Stettin erschienen:
Der Unerlöste.
Novellen, geb. 6 M.
Die Törzinen an die tote Isot.
Luzusausgabe 8 M.
Der Tindenfrieden.
Ein deutsches Wiederb. f. Volk, gebd. 4,50 M.
C o d.
Zwei kleine Dramen.

Anlässlich einer Vorlesung in der Breslauer Ausstellung „Arbeit und Kultur in Oberschlesien“ schrieben die Breslauer Redakteure: „... fiherte sich durch eigene feine Töne schnell einen Platz im Herzen der Hörerschaft...“ die Dichtersche Morgenpost: „Der Volkston ist prächtig getroffen“, Breslauer Generalanzeiger: „... einprägnant... schön im allberührenden Pathos...“
Schlesische Zeitung: „Jedenfalls wirkt alles sympathisch.“ Volksrecht: „Natur und Menschenwerk finden einen prachtvollen Beobachter, der hinreißt...“

Rippenheizrohre, Radiatoren,
ganze Heizanlagen kauft und montiert ab Gidilgenieur Hasenwinkel, Breslau, Alsenstraße 49.

8ung! Eilt!
Grosse Geldlotterie zum Besten des Marine-Gesundheitswesens
Ziehung am 16., 17. u. 18. Febr. 1920
Gewinn-Kapital 375 000 Mk.
Hauptgewinne
100 000 „
50 000 „
20 000 „
10 000 „
5 000 „
bar ohne Abzug.
Originallosse versende in jeder Anzahl zum Preise von Mk. 3.30 Porto und Liste 45 Pfg., gegen Voreinsendung oder Nachnahme.
Hauptlosse-Vergab.
Wihl. Matthews, Hamburg 23

Fahrräder,
sowie Decken, Schlänche und sämtl. Zubehör. u. Ersatzteile liefert auch für Wiederverkäufer
Fahrrad-Geschäft
Hans Rosyitzka,
Berlin N. 20, Pantstraße 65.

Junger Chauffeur
(Monteur) mit Führerschein sucht per bald oder später Stellung. Geil. Offerten unter „Chauffeur“ an die Expedition dieser Zeitung.

Bes. Einjähr. & Abiturienten Eilkurse
Kant-Pädagogium
Landeslehrerseminar I. Ranges
Telephon 46 Canth bei Breslau
Streng geregeltes Internat. — Beste ländliche Kost. Vorbereitung bis Prima (reale, gymnasiale, oberreale und real-gymnasiale Abteilungen). Für schwache Schüler großer Zeiteinsatz. Individuelle gediegene Behandlung. Anmeldungen jederzeit. Glänz. Erfolge. Leiter u. Besitzer Dr. h. Koch

Oberschlesische Theater-Nachrichten.
Mitgeteilt von den Theater-Direktionen.
Stadttheater Gleiwitz.
Montag, 9. 2.: Geflossene Vorstellung.
Dienstag, 10. 2.: „Schwarzwaldbühne“.
Mittwoch, 11. 2.: Kindertragödie von Karl Schönherr.
Donnerstag, 12. 2.: „3 alte Schachteln“.
Freitag, 13. 2., zum ersten Male: „Unter der blühenden Linde“.
Sonabend, 14. 2.: Kindertragödie von Karl Schönherr.
Sonntag, 15. 2., nachm.: „Goethe-Kleist-Abend“; abends: „Unter der blühenden Linde“.
Stadttheater Kattowitz.
Sonabend, 7. 2., 7 1/2 Uhr: „Liebe im Schnee“.
Sonntag, 8. 2., 3 1/2 Uhr: „Liebe im Schnee“; 7 1/2 Uhr: „Leidenchaft“.
Montag, 9. 2., 7 1/2 Uhr: „Die Geisha“.
Dienstag, 10. 2., 7 1/2 Uhr: „Leidenchaft“.
Mittwoch, 11. 2., 7 1/2 Uhr: „Liebe im Schnee“.
Donnerstag, 12. 2., 7 1/2 Uhr: „Drpheus in der Unterwelt“.
Freitag, 13. 2., 7 1/2 Uhr: „Drpheus in der Unterwelt“.
Sonabend, 14. 2., 7 1/2 Uhr: „Mabdalena“.
Stadttheater Oppeln.
Sonabend, 7. 2.: Keine Vorstellung.
Sonntag, 8. 2., nachm. 3 1/2 Uhr: „Auf Befehl der Kaiserin“; abends 7 1/2 Uhr: „360 Frauen“.
Montag, 9. 2., 7 1/2 Uhr: „Die feuchle Susanne“.
Dienstag, 10. 2., 7 1/2 Uhr: „Schwarzwaldbühne“.
Mittwoch, 11. 2., 7 1/2 Uhr: „360 Frauen“.
Donnerstag, 12. 2., 7 1/2 Uhr: „Romeo und Julia“.
Freitag, 13. 2., 7 1/2 Uhr: „Die feuchle Susanne“.
Sonabend, 14. 2., 7 1/2 Uhr: „Die Rabensteinerin“.

Habe laufend Zigarren abzugeben
in der Preislage von 700—1000 Mark.
Deutsche Stumpfen 400—550 Mark.
Zigaretten aus gar. reinem Tabak kein Hohlmundstück, pro Mille 180 Mark.
August Moser, Gottenheim,
bei Freiburg/Baden.

Wenn Sie nach Breslau fahren, lassen Sie sich Permenphaaugengläser anpassen.
Optiker Garai, Breslau, Albrechtstr. 4.

Geld erhalten folgende Leute auch ohne Bürgen von 100 bis 5000 Mk. durch
Otto Ludekus Dresden,
Wilsdrufferstraße 27.
Anfragen Marke beifügen.
Zigaretten
o. M., reiner Tabak, Mk. 19.50
u. M. 21.50, m. Goldm. M. 23.50,
Hamburger Cigarrenhaus
P. Wittkowski Nachf.,
Hamburg, St. Georg,
Gurlittstr. Ecke Koppel.

Postbestellschein.
Unterzeichneter bestellt hiermit bei dem Postamt für das I. Quartal 1920 — für M. 2,55 vierteljährlich die in Oppeln erscheinende Wochenszeitung „Der Oberschlesier.“
Vor- und Zuname:
Wohnort:
Straße und Hausnummer:
Bezugspreis von M. 2,55 zuzüglich M. Bestelgelt erhalten zu haben, bejschneigt:
Postamt